



Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichs-Post-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Zum Gewerkschaftskongress.

Die Tagesordnung, mit der der bevorstehende neunnte Gewerkschaftskongress sich beschäftigen soll, ist recht kräftig besetzt; das sieht man schon an den vielen Anträgen, die die Generalkommission in Nr. 20 des Korrespondenzblattes veröffentlicht. Die Generalkommission legt dem Kongress ein neues Regulatorium für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands vor, das in seinem allgemeinen Teil in der Hauptsache folgende Änderungen des bisherigen Zustandes enthält: Der Beitrag soll auf 5 % für das einzelne Mitglied erhöht werden (jetzt 4 %). Ferner sollen die Gewerkschaften nur mehr für 5000 Mitglieder einen Vertreter zum Gewerkschaftskongress senden dürfen. Nach unserer Meinung hätte man die Zahl getrost auf 7000 erhöhen dürfen. Am Ende des Jahres 1912 hatten die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften über 2 1/2 Millionen Mitglieder. Wollten nun die Gewerkschaften nach der jetzt geltenden Bestimmung für je 3000 Mitglieder einen Vertreter auf den Kongress schicken, so würden außer den sonstigen Teilnehmern über 800 Vertreter zusammenkommen, also eine Körperschaft, der ein wirkliches Arbeiten nicht mehr möglich ist. Unser Verband allein müßte 180 Vertreter entsenden — schon ein nicht geringer Kongress für sich. Aber schon im Jahre 1907 hat seine Generalversammlung beschlossen, die Vertreterzahl wesentlich zu verringern und auch jetzt entsendet er dementsprechend nur 59. Wenn wir ferner den unwahrscheinlichen Fall annehmen, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften bis zum nächsten ordentlichen Kongress im Jahre 1917 gar nicht vermehrt, so wären sie immer noch berechtigt, 500 Vertreter zu schicken. Also auch dann noch werden, um den Kongress arbeitsfähig zu machen, die größeren Verbände sich Beschränkungen auferlegen müssen. Die Generalkommission hätte also getrost noch etwas weiter gehen. Den Verbänden mit der kleinsten Mitgliederzahl könnte man ja entgegenkommen. Bei der Wahl der Vertreter nach Kräfte wird es aber, solange die Gewerkschaften auch nach Berufsgruppen geteilt sind, bleiben müssen und selbst dann, wenn der vorläufig noch unentschieden ausgehende Fall eintreten sollte, daß sämtliche Gewerkschaften zu dem von „Metallarbeitern“ schon lange geforderten allgemeinen Arbeiterverbande verschmolzen werden, ist es noch sehr wohl möglich, daß man bei den Wahlen zu den Verbandstagen dieser Organisationen auch noch den einzelnen Berufsgruppen Rechnung tragen muß. Wir glauben darum, daß der Antrag des Gewerkschaftskongresses zu Delmenhorst, wonach alle Gewerkschaftsmitglieder ohne Rücksicht auf den Berufsstand bei je 6000 Mitgliedern zugeweiht werden sollen, auf dem Kongress nur einen Scheiterteilerfolg haben wird.

Weiter soll nach dem Vorschlag der Generalkommission der jetzt bestehende Gewerkschaftsausschuß aufgehoben werden und seine Aufgaben sollen die Konferenzen der Gewerkschaftsverbände übernehmen. Der Gewerkschaftsausschuß, der sich aus in Berlin wohnenden Vertretern zusammensetzte, mußte bisher mindestens vierteljährlich zusammentreten; die Konferenzen der Verbände soll nach dem Vorschlag der Generalkommission halbjährlich zusammentreten.

Die Erledigung der Grenzstreitigkeiten sucht die Generalkommission durch den zweiten Teil ihrer Satzung in feste Ordnung zu bringen. Dies ist notwendig. Man sieht es auch schon daraus, daß von dieser Sache nicht weniger als 20 Anträge eingegangen sind. Ihr Grundton ist: Siehe her, was du hast. Sehr oft kehrt darin das Wort Betriebsorganisation wieder. Dieses Wort ist nicht neu, denn schon vor mehr als zehn Jahren haben wir es von Vertretern des damaligen Metallarbeiterverbandes gehört. Jetzt sind es hauptsächlich Vertreter der Verbände der Gemeindearbeiter und der Fabrikarbeiter, die mit diesem Worte arbeiten. Freilich, weiter als bis zur häufigen Wiederholung dieses Schlagwortes sind sie noch nicht gekommen. Aber keiner hat uns bis jetzt gesagt, wie man denn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einrichten und wie viele verschiedene Arten von „Betriebsorganisationen“ man schaffen soll. Was soll maßgebend sein? Was in den Betrieben verarbeitet wird? Dann hätte zum Beispiel unser Verband Anspruch auf sämtliche Arbeiter auf den Werften ohne Rücksicht auf ihren Beruf. Der Schiffbauerverband hätte dann auszuführen. Ferner gibt es Maschinenfabriken, wo erst genau zu untersuchen wäre, was am meisten verarbeitet wird, ob Metall oder Holz. Beim Luftschiffbau hätte unser Verband sich mit dem Fabrikarbeiterverband darüber auseinanderzusetzen, ob dort vorwiegend Metall oder Gummi verarbeitet wird. Wir fürchten, daß es auch dann ohne Meibereien und Schiedsgerichte nicht abgehen wird. Ober soll maßgebend sein, für welchen Rechnung die Betriebe geführt werden, wie es die Gemeindegewerkschaften fordern? Dann wäre zwar die Einteilung leichter. Wir und verschiedene andere Verbände müßten dann aber unter anderen ihre Mitglieder auf den Kaiserlichen Werften an den Gemeindegewerkschaften abgeben, weil sie auch als Staatsarbeiter gelten müssen, und da ist es doch fraglich, ob die in Frage kommenden Mitglieder selber damit einverstanden sind. Man kann Gewerkschaftsmitglieder nicht verhandeln, wie gelegentlich Fürsten ihre Diener verhandelt haben. Man wird schon die bisher gemachten Erfahrungen besser berücksichtigen müssen. Man kann hier nicht alles über einen Kasten schlagen und muß die gesamten Verhältnisse der in Frage kommenden Berufe in Betracht ziehen, wie es der Vorschlag der Generalkommission ja auch tut. Selbstverständlich sind wir weit davon entfernt, unsere jetzige Organisationsform vollständig zu verlassen. Jeder wirkliche Verbesserungsvorschlag ist freudig zu begrüßen ohne Rücksicht auf irgend welche durch die Gewohnheit lieggebundene Ein-

richtungen oder auf irgend welche Personen. So einfach, wie die Bestimmung der Betriebsorganisation die Sache hinstellen, ist sie jedoch nicht. Wir erklären uns außerstande, nach dieser Richtung eine Lösung zu finden und halten den Vorschlag der Generalkommission für den besten.

Was von der „Betriebsorganisation“ zu sagen ist, kann man zum größten Teil auch von dem in zwei Anträgen geforderten allgemeinen Arbeiterverband sagen. Auch der ist schon ein alter Lehnstuhl. Schon vor Jahrzehnten konnte man von ihm reden hören, zum Beispiel bei den Erörterungen zwischen Industrie- und Branchenverbänden. Da konnte vorkommen, daß einer von diesen sagte, er sei grundsätzlich für den Industrieverband, er sei sogar der Meinung, daß die Arbeiter alle in einen großen Arbeiterverband gehören. Zurzeit aber setzen die Arbeiter noch nicht einmal „reife“ für den Industrieverband. Es hat aber noch keiner uns einen solchen allgemeinen Verband vorgelegt. Solange so etwas noch nicht vorhanden ist, ist die ganze Sache noch nicht einmal erörterungsfähig. Es ist keine Kunst, die Betriebs- oder die Einheitsorganisation zu fordern, wenn man die Ausführung großmütig anderen überlassen will.

Ueber die letzten beiden Abschnitte des „Regulatoriums“, die von der Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen und den Gewerkschaftskartellen handeln, ist an dieser Stelle wenig zu sagen, denn sie sind in der Hauptsache weiter nichts als eine genauere Fassung früherer Beschlüsse. Das „Regulatorium“ wird auf diese Weise zu einer Vorschrift für jede Gewerkschaft, nach der sie sich — sei es in allgemeinen oder in den örtlichen Verwaltungstellen — beim Zusammenwirken mit anderen Gewerkschaften zu richten hat.

Unter den Anträgen fallen besonders die vielen auf, die die Betriebs- oder Arbeitersekretariate fordern. deren Aufgabe soll die Vertretung der Arbeiter vor den Versicherungsbehörden sein. Die große Zahl der Anträge beweist, daß für die Vertretung der Arbeiter noch nicht genügend gesorgt ist und daß dafür noch mehr getan werden muß. Ob dies genau so geschehen kann, wie die Antragsteller fordern, bedarf noch genauerer Untersuchung. Eine der wichtigsten Sachen ist dabei allerdings die Redung der Kosten. Doch auch da wird schon Rat werden.

Von den sonstigen Anträgen fallen besonders die drei Anträge vom Vorstand des Buchbinderverbandes zum Ausbau der sozialpolitischen Arbeit der Generalkommission auf. Ueber die ersten beiden läßt sich sehr wohl reden; ein wenig überrascht hat uns aber der dritte Antrag. Danach soll die Generalkommission Erhebungen über die Unfallgefahren in allen Berufen anstellen. Da müssen wir den Vorstand des Buchbinderverbandes doch daran erinnern, daß unser Verband dies schon seit vielen Jahren tut und nicht nur das allein, sondern daß er auch schon weiter gegangen ist und mit Erfolg Forderungen an die Unternehmer gerichtet hat, die sich aus den Untersuchungen über die Unfallgefahren ergeben haben. Andere Verbände haben es ebenso gemacht, und wenn der Buchbinderverband dies bisher unterlassen hat, so wird es Zeit für ihn, daß er das Versäumte nachholt.

Gustav Bauer (Berlin) wird noch die Unfallfürsorge behandeln, August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, die Handhabung des Vereinsgesetzes, unser Kollege Schilde den Arbeitwilligenschutz und den Unternehmer-Terrorismus, Adam Neumann vom Holzarbeiterverband die Bestimmungen des Verbandes deutscher Arbeiter nachweise, August Winzig vom Bauarbeiterverband die Arbeitslosenfürsorge, Theodor Leipart, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, die gesetzliche Regelung der Tarifverträge und Arbeitersekretäre Johannes Timm (München) den Einfluß der Lebensmittelerzeugung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse. Das sind lauter Gegenstände, über die es wenigstens in der Hauptsache — Meinungsverschiedenheiten nicht geben wird, deren Behandlung auf dem Gewerkschaftskongress aber nötig ist, da dieser die berufene höchste Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands und als solche verpflichtet ist, zu all diesen für die Arbeiterschaft so wichtigen Fragen ihre Meinung kundzutun.

Sitzige Erörterungen und große Ueberrassungen wird der neunnte Gewerkschaftskongress nicht bringen, wohl aber viel Arbeit. Hoffen wir, daß sie ausschlägt zum Wohle der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands!

Zwei neue Bücher über den politischen Streit.

III.

Nachdem Laufenberg die inneren Zusammenhänge der großen politischen Ereignisse des letzten Jahrzehnts und der Massenstreik behaltend auf dem Rührer Gewerkschaftskongress und dem ersten Jenaer Parteitag gezeichnet hat, erinnert er daran, wie der Eindruck des Jahresanfangs vom Oktober 1905 den Wahlrechtskampf in Deutschland zum freigeicheren Abschluß führen half. In Preußen befand sich der Wahlrechtskampf noch in den ersten Anfängen. Auf dem preussischen Parteitag 1904 wurde der Antrag Bernsteins noch abgelehnt, der Massenemonstrationen größten Stils empfahl, und Stadttagen konzelte den Antragsteller in der Neuen Zeit kräftig ab, da er „allelei revolutionär-schillernde Projekte ausbede, Bau- und Zerkrit treibe und mit allerlei lörmelndem Tamtam Einbruch machen wolle“, was er besser den Kleinbürgern überlassen sollte. Erst in den folgenden Jahren ließen die Massenaktionen in Preußen im Kurs. In den süddeutschen Staaten führten die Wahlrechtskämpfe einen Schritt vorwärts. In Preußen trübten die überschüssigen Gewalten erfolgreich dem Ansturm

der Arbeiterschaft. Zur Anwendung des Massenstreiks konnte es nicht kommen, denn, so bemerkt zutreffend Laufenberg, einer wohlgerüsteter Gegnerschaft lassen sich nicht überwindend amorphe (gestaltlose) Massen gegenüberstellen.

Während im Ausland immer wieder Streiks mit politischem Hintergrund ausbrachen, berühren zwar die großen Lohnkämpfe in Deutschland, so namentlich der Streik der Ruhrbergleute, auch das politische Leben, sind aber nicht auf die preussische Wahlrechtsfrage eingestellt. Es fehlte bislang an allen Voraussetzungen zu einem Wahlrechtsstreik in Deutschland. Die weitere Entwicklung indessen, die das deutsche Wirtschaftsleben durchläuft, der Ausdehnungs- und Eroberungsdrang des Kapitals, der neue Reibungen schafft und das Weirücken zu ungeahntem Umfang steigert, die Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Bestlofen mittels Schutzsystem und indirekten Steuern, die Vereinigung des gesamten Bürgertums in der Gegnerschaft gegen das Wahlrechtsrecht — das alles sind nach Laufenberg Zeichen eines heranabenden bedeutsamen Zeitabschnitts im Kampfe der deutschen Arbeiterklasse um die politische Macht.

Der Frage, ob in diesem Zeitabschnitt der politische Massenstreik erfolgreich Anwendung finden kann, tritt Laufenberg mit der gebührenden Mäßigkeit näher. Er überlegt ernst, inwieweit in einem solchen Kampfe die unorganisierte Masse von Bedeutung ist. Kann auch diese Masse bei großen politischen Aktionen nicht außer Anschlag bleiben, so darf doch die Führung und Initiative der Bewegung selbstverständlich nicht bei ihr liegen. Die Organisation hat die Aufgabe, die unorganisierte Masse zu leiten und ihrer Bewegung die Richtung zu geben, wie bei den beruflichen Streiks. Ist der Streik seiner Natur nach ein wirtschaftliches Mittel, so erhält er revolutionären Charakter erst durch die revolutionäre Situation. Eine solche Situation wäre gegeben durch Vernichtung des Wahlrechts oder Konstitutionsrechts. Und nur zur Abwehr eines solchen Umsturzes von oben hält Laufenberg den politischen Streik für möglich. Im wesentlichen ist das innerpolitische Kräfteverhältnis noch das gleiche wie zur Zeit, als die Mannheimer Resolution gefaßt wurde. Der politische Streik kommt für Abwehraktionen, für den Angriff der parlamentarische Boden in Frage.

Darum empfiehlt Laufenberg unbedingtes Festhalten an der Resolution des letzten Jenaer Parteitags, mit der die Frage nach der Methode des Kampfes im Grunde entschieden sei. Nur nach den Grundsätzen der Organisation, wie jahrelanglunge Kämpfe auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet sie herausgebildet haben, könne der Kampf geführt werden. Und nur wer eine klare Vorstellung des Möglichen und Notwendigen besitzt, werde eine solche Aktion sicher zum gewollten Ziele führen. Das besagt, daß man einen solchen Kampf nur unternehmen darf bei einiger Wahrscheinlichkeit für den sicheren Erfolg. Laufenberg betont auch die zwingende Notwendigkeit, die Organisation und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ungehindert zu erhalten. Eine Zerrüttung der Massen wäre eine Zerrüttung der Gewerkschaften und zum beträchtlichen Teile selbst der politischen Partei. Bei dieser Betrachtung der Dinge ergibt es sich von selbst, daß Laufenberg nicht zum politischen Streik drängt, sondern eine abwartende Stellung einnimmt. Die deutsche Arbeiterschaft hat keinen Anlaß, die Entwicklung zu beschleunigen und sich vorderhand anders als abwartend zu verhalten.

Man mag sich zu den Gedankenängen Laufenbergs stellen wie man will, das Zeugnis kann ihm nicht verweigert werden, daß er bei seiner Arbeit von einem hohen Maß von Verantwortungsgesühl geleitet wurde. Wäre dieses Gefühl in den Kreisen der Massenstreiktheoretiker und -agitatoren allenthalben anzutreffen, so würde uns manche unerquickliche Auseinandersetzung erspart geblieben sein.

Daß auch das russische Buch alle günstigen und ungünstigen Möglichkeiten eines Massenstreiks in Deutschland gewissenhaft abwägt, sehen wir schon aus der Zurückweisung der Lugensburger Lehren. Dieser Grundzug eignet auch den folgenden Kapiteln. Der Arbeiterklasse darf es bei der Wahl ihres Weges nicht bloß auf ihr Wollen, sondern auch auf ihr Können ankommen. Das wird von den Ungebildigten nicht beachtet. Kühne Laten wirken nur dann anfeuernd, wenn sie Erfolg haben. Wie Marx, Engels, Bebel sich des öfteren genötigt sahen, nach links zu bremfen, so hören auch in neuerer Zeit die Marxisten in altem Sinne aus, die äußerste Linke zu bilden. Schon aus Rosa Luxemburg 1910 den preussischen Wahlrechtskampf bis zum Massenstreik steigern wollte, traten ihr Mehring und Kautsky entgegen, die das Pulver trocken halten wollten bis zu den Reichstagswahlen. Auf dem Magdeburger Parteitag mußte A. Luxemburg die Ablehnung ihres Vorschlags in Kauf nehmen. Die Wiedergabe von Artikeln Kautskys und Ecksteins aus der Neuen Zeit über die Bedeutung der unorganisierten Masse bei Massenbewegungen, zweier Arbeiten, die sich gegen die Vorkreuzung der „nur durch ein Blatt Papier“ von uns getrennten Unorganisierten wenden, leitet zum Jenaer Parteitag von 1913 über. Den sofortigen Massenstreik selbst gerade zur Zeit einer großen Arbeitslosigkeit zu propagieren, erziehen sogar den ungebildigten der Ungebildigten als Wahnsinn. Aber wenigstens die Aussicht auf den Massenstreik wollten sie haben, sagt Kautsky ironisch. Die Diskussion in Jena schloß mit der Ablehnung der Resolution Luxemburg und der Annahme derjenigen des Parteivorstandes, die an den 1905 und 1906 gesteckten Richtlinien festhält. Der bemängelte Satz, daß der politische Massenstreik nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung geführt werden kann, sieht, wie Kautsky betont, in voller Einklang zu den bis jetztigen Erfahrungen. Ein Massenstreik, der mit einer Erklärungs der Partei an die Gewerkschaften oder mit einer Durchbrechung der Disziplin in Partei oder Gewerkschaft, also mit der Zerreißung einer dieser Organisationen beginnen müßte, träge von vornherein den Keim des Scheiterns und des Zusammensturzes in sich. Das ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht mehr sollte reden müssen. Und wenn daraus gefolgert wird, daß damit der politische Massenstreik auf den St. Ninus-Altstag verschoben sei, so

erklärt Kautsky: Richtig ist daran soviel, daß, so lange sich die gegebenen Verhältnisse nicht ändern, ein Massenstreik in Deutschland nicht möglich ist. Die Erregung und Bewegung der breiten Massen, die die Vorbereitung eines Massenstreiks ist, läßt sich nicht künstlich erzeugen. Jeder Versuch dieser Art muß zu einer Niederlage führen, die die Massen von uns abschreckt. Wir haben die Ereignisse abzuwarten, sagt Kautsky gleich Lenin. Ob solche Ereignisse eintreten, die den politischen Massenstreik in Deutschland möglich machen, kann nach Ansicht Kautskys niemand mit Sicherheit voraussagen. Er selbst glaubt, daß sie kommen werden. Die Anschauungen, die Kautsky von der Weiterentwicklung des politischen Lebens in Deutschland hegt, können wir uns nicht in allen Punkten zu eigen machen. Darin aber stimmen wir ihm zu, daß die Arbeiterklasse sich vor jeder rebellischen Ungebild hüten muß, die die Revolution ergebnislos will. Die Arbeiter haben nichts anderes zu tun, als weiterzuarbeiten an ihrer gewerkschaftlichen und politischen Schulung und Kräftigung, die während wirkt und damit die Bahn frei macht zur Bezwingung ihrer Widersacher.

Die wirtschaftlichen Kämpfe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1913.

Die Aussichten auf Erfolge des wirtschaftlichen Kampfes stiegen im Jahre 1912 mit den Geschäftsverhältnissen. Schon am Schluß des Jahres 1912 war die Geschäftslage in verschiedenen Industriezweigen sehr gedehnt. Dieser Zustand verschärfte sich während des Jahres 1913 mehr und mehr und der Rückgang der allgemeinen Geschäftstätigkeit machte sich auch in der Metall- und Maschinenindustrie sehr stark geltend. Der Geschäftsrückgang hatte natürlich auch Einfluß auf die Zahl, den Umfang, die Dauer und den Ausgang unserer Lohnbewegungen und Streiks. Der schlechte Geschäftszug brachte die Arbeiterklasse sehr oft von ihrem Vorhaben ab, an die Unternehmer Forderungen zu stellen, obwohl die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie noch immer sehr verbesserungsbedürftig sind und noch lange nicht mit den Lebensverhältnissen in Einklang sind. Nur dort, wo die Geschäftslage einigermaßen Aussicht auf Erfolg versprach, konnte deshalb an die Unternehmer mit Forderungen herangetreten werden. Häufiger denn je vorher unternahm es jedoch die Unternehmer, die traurige Lage auf dem Arbeitsmarkt für sich auszunutzen und den Arbeitern die erlangten Vorteile wieder zu entreißen. Nicht nur, daß sie ganz bedeutende Lohn- und Akkordlöhne vorzunehmen bestrebt waren, um sich so für den durch schlechten Geschäftszug etwas verringerten Gewinn an den Arbeitern schadlos zu halten, sie gingen sogar in vielen Fällen dazu über, durch Zwangsmaßnahmen die gelben Verbände zu fördern, um so die Organisation der Arbeiter für spätere Zeit unwirksam zu machen. In einzelnen Fällen versuchten die Unternehmer sogar, die Organisation in ihrem Betrieb auszurotten, und sie forderten von den Arbeitern ganz unerbittlich den Austritt aus der gewerkschaftlichen Organisation. Deshalb kam es in mehreren Fällen zu Abwehrstreiks und in einigen Fällen sogar zu Ausperrungen.

Im Jahre 1913 fanden in 401 Orten 1246 Bewegungen aller Art statt, die 7112 Betriebe mit 424 608 Beschäftigten umfaßten. An den Bewegungen waren 208 608 Personen direkt beteiligt, davon 198 816 männliche und 10 792 weibliche. Gegen 1787 Bewegungen mit 307 667 Beteiligten im Jahre 1912 sind es für das Berichtsjahr 541 Bewegungen mit 98 681 Beteiligten weniger.

Art der Bewegungen	Zahl der Bewegungen		Betriebe		Beteiligte Personen	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Angriffstreiks	245	155	713	1319	28961	49345
Abwehrstreiks	170	186	159	229	17938	11559
Ausperrungen	36	37	176	194	28108	9253
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:						
Angriff	1171	668	4673	5109	212449	108852
Abwehr	165	202	157	261	20211	31977
Zusammen	1787	1246	5878	7112	307667	208686

Im Jahre 1913 fanden in 401 Orten 1246 Bewegungen aller Art statt, die 7112 Betriebe mit 424 608 Beschäftigten umfaßten. An den Bewegungen waren 208 608 Personen direkt beteiligt, davon 198 816 männliche und 10 792 weibliche. Gegen 1787 Bewegungen mit 307 667 Beteiligten im Jahre 1912 sind es für das Berichtsjahr 541 Bewegungen mit 98 681 Beteiligten weniger.

ben Beteiligten wurden mehr als ein Drittel in Streiks und Ausperrungen verwickelt, während dieses im Jahre 1912 auf nicht ganz ein Viertel der Beteiligten zutrifft. Eine große Verminderung in der Zahl zeigten die Angriffstreiks gegen das Jahr 1912. Ihre Zahl ging von 245 auf 155 zurück, dagegen schnellte die Zahl der daran Beteiligten ganz bedeutend in die Höhe, von 28 961 auf 49 345. Die Abwehrstreiks wiesen gegen das Jahr 1912 eine Vermehrung von 170 auf 186 auf, dagegen sank die Zahl der Beteiligten von 17 983 auf 11 559. Die Ausperrungen zeigen eine Vermehrung von 36 auf 37 im Jahre 1913 und einen Rückgang der Zahl der Ausgesperrten von 28 108 1912 auf 9253 1913. Während in den früheren Jahren viele Ausperrungen eine große Ausdehnung annahmen, handelte es sich im Jahre 1913 dabei nur um kleinere Bewegungen.

Als größere Ausperrungen mit über 300 Ausgesperrten sind folgende zu erwähnen: Ausperrung in der V. G. Berlin, Abteilung Wagnfabrik, mit 373 Personen; Maschinenfabrik Zachmann in Borsigwalde mit 317 Ausgesperrten; Brennaborwerke in Brandenburg mit 1797 Ausgesperrten; Schiffswerft Joh. C. Ledtenborg, L.-G. in Geestemünde, mit 727 Ausgesperrten; Untongießerei in Königsberg (aus dem Jahre 1912 übernommen) mit 690 Ausgesperrten; Betriebe der Gießmetallindustrie in Mainz mit 415 Ausgesperrten; Zündfabrik Robert Bosch in Stuttgart mit 3599 Ausgesperrten. Die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung gingen von 1171 im Jahre 1912 auf 668 im Jahre 1913 und die Zahl der daran Beteiligten von 212 449 auf 106 852 zurück, dagegen wiesen die Abwehrbewegungen eine Steigerung von 165 im Jahre 1912 auf 202 im Jahre 1913 und in der Zahl der Beteiligten von 20 211 auf 31 977 auf. Von den Bewegungen wurden 69,7 Prozent ohne Arbeitseinstellung durchgeführt, 30,3 Prozent führten zu Streiks und Ausperrungen. Die Vergleichszahlen vom Jahre 1912 sind 74,8 Prozent und 25,2 Prozent. Auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung entfallen 66,4 Prozent der Beteiligten, auf die Streiks und Ausperrungen 33,6 Prozent. Im Jahre 1912 war das Verhältnis der Beteiligten 75,6 Prozent und 24,4 Prozent.

Die Arbeiter hatten an die Unternehmer in 832 Fällen Forderungen gestellt. Davon konnten 666 Fälle — 80,1 Prozent ohne Streiks erledigt werden, während es in 166 Fällen — 19,9 Prozent zu Streiks und Ausperrungen kam. Die Unternehmer beantragten durch die beabsichtigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen 414 Bewegungen. Davon konnten 202 — 48,8 Prozent ohne Arbeitseinstellung durchgeführt werden, während 212 — 51,2 Prozent zu Streiks und Ausperrungen führten.

In nachstehender Tabelle sind die Vergleichszahlen für 1912 und 1913 über die Zahl der Bewegungen, der erfaßten Betriebe und der beteiligten Personen enthalten.

Art der Bewegungen	Zahl der Bewegungen		Betriebe		Beteiligte Personen	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Angriffstreiks	245	155	713	1319	28961	49345
Abwehrstreiks	170	186	159	229	17938	11559
Ausperrungen	36	37	176	194	28108	9253
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:						
Angriff	1171	668	4673	5109	212449	108852
Abwehr	165	202	157	261	20211	31977
Zusammen	1787	1246	5878	7112	307667	208686

Angriffstreiks wurden 155 geführt in 106 Orten. Diese Streiks umfaßten 1319 Betriebe mit 64 586 Beschäftigten. Im Streik standen 49 345 Personen, von denen 31 579 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 12 221 anderen Organisationen angehörten. Von den Streiks brachten 106 für 7858 Streikende vollen Erfolg, 19 für 1182 Teilerfolg und 30 Streiks mit 40 305 Streikenden mußten ohne Erfolg abgebrochen werden. Diese große Zahl Streikender, die keinen Erfolg hatten, ist in erster Linie auf die Werftarbeiter im Sommer 1913 zurückzuführen, die auf Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung ihre Streiks abtraten.

Die Angriffstreiks brachten als Erfolg eine Verkürzung der Arbeitszeit für 4065 Personen mit zusammen 7141 Stunden die Woche und eine Verdiensterhöhung für 6354 Streikende. Von diesen konnten 6838 bestimmte Angaben über die Höhe der Lohn- und Akkordverbesserungen machen, wovon diese für alle zusammen 14 281 M die Woche beträgt. Eine der Lohnverbesserungen gleichzeitige Regelung der Akkordarbeit wurde für 1795 Personen erlangt. Bei 70 Streiks wurden für 5995 Personen Tarife abgeschlossen oder erneuert und verbessert. Die Abstellung von 444 Streikenden wurde von 444 Streikenden durchgesetzt. An 1462 Streikende wurden Zuschläge für Ueber-

stunden zu gewährt und 2489 Personen erreichten sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ueberstreiks mußten 186 in 118 Orten geführt werden. Sie umfaßten 229 Betriebe mit 37 919 Beschäftigten. An den Ueberstreiks waren 11 559 Personen beteiligt, von denen 9502 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 1145 anderen Organisationen angehörten. Von den Ueberstreiks hatten vollen Erfolg 108 für 6866 Streikende, Teilerfolg 20 Streiks mit 794 Streikenden und keinen Erfolg 53 Streiks mit 3516 Streikenden. Am Jahresschluß waren 5 Streiks mit 383 Streikenden noch nicht beendet.

Bei den Ueberstreiks wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit für 284 Personen um zusammen 1232 Stunden die Woche abgelehrt. Lohnkürzungen haben 3671 Streikende zurückerhalten. Nur für 893 dieser Streikenden konnte die Höhe der abgewehrten Verdienstminderung genau angegeben werden, sie beträgt für diese zusammen 5408 M die Woche. Tarifbruch der Unternehmer wurde bei 16 Streiks für 768 Personen zurückgewiesen, bei 4 Streiks wurden die Unternehmer von 587 Streikenden von ihrem Vorhaben, in ihrem Betriebe Streikarbeit anfertigen zu lassen, abgebracht. Maßregelungen von 87 Personen wurden bei 25 Streiks rückgängig gemacht. Die Einführung der Akkordarbeit ohne jede Regelung und Garantie wurde für 31 Personen verhindert. Bei 19 Streiks konnten 1370 Personen schlechte Verhandlung abzuwehren und die Garantie für eine menschenwürdige Behandlung erlangen, und 717 Personen wehrten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse ab. Bei 4 Ueberstreiks wurden für 179 Personen Tarife abgeschlossen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit trat ein für 133 Personen mit zusammen 256 Stunden die Woche. Lohnverbesserung erreichten 322 Personen im Betrag von 608 M die Woche und sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse wurden von 1670 Streikenden erreicht.

Ausperrungen wurden von den Unternehmern 37 verhängt. Die Ausperrungen wurden beantragt in 11 Fällen mit 965 Ausgesperrten durch Forderungen der betreffenden Arbeiter, in 3 Fällen mit 1556 Ausgesperrten, weil die Arbeiter anderer Abteilungen des Betriebes in einen Angriffstreik eingetreten waren, in 13 Fällen mit 2548 Ausgesperrten, weil die Arbeiter die ihnen zugewiesenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückwiesen, in 3 Fällen mit 4009 Ausgesperrten durch einen Abwehrstreik der Arbeiter anderer Abteilungen im Betrieb, in 2 Fällen mit 25 Ausgesperrten verlangten die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus der Organisation, und durch verschiedene andere Ursachen in 5 Fällen mit 150 Ausgesperrten. Die 37 Ausperrungen umfaßten 194 Betriebe mit 12 882 Beschäftigten. Ausgesperrt wurden 9263 Personen, von denen 7287 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 1428 anderen Organisationen angehörten. Von den Ausperrungen hatten 22 mit 4534 Beteiligten für die Arbeiter vollen Erfolg, 7 mit 899 Beteiligten Teilerfolg und 4 Ausperrungen mit 3718 Beteiligten hatten keinen Erfolg. Diese verhältnismäßig hohe Zahl von Ausgesperrten mit Mißerfolg ist auf die Ausperrung bei der Firma Robert Bosch in Stuttgart zurückzuführen. Am Jahreschluß waren 4 kleine Ausperrungen mit 102 Ausgesperrten noch nicht beendet.

Die Erfolge der Ausperrungen sind trotzdem auch im Jahre 1913 für die Arbeiter recht beachtenswert gewesen. Für 1676 Personen wurde die Arbeitszeit um zusammen 1710 Stunden die Woche verkürzt und der Verdienst für 2277 Personen um zusammen 3511 M die Woche erhöht. Bei 6 Ausperrungen mit 3297 Ausgesperrten wurden Tarife abgeschlossen und für 407 Personen wurde eine Regelung der Akkordarbeit herbeigeführt. Für 1190 Personen wurden Mißstände beseitigt. 408 Personen erlangten Zuschläge für Ueberzeitarbeit und 1117 erreichten sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit für 8 Personen um zusammen 40 Stunden die Woche und eine Lohnkürzung um 126 M die Woche für 83 Personen. Für 14 Personen wurde der geforderte Austritt aus der Organisation und für 4 Personen Maßregelung abgewehrt. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse konnten 495 Personen zurückgewiesen.

Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 803 durchgeführt, von denen 666 die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ziel hatten. Diese 666 Bewegungen fanden in 257 Orten statt und umfaßten 5109 Betriebe mit 226 836 Beschäftigten. Beteiligt waren an den Bewegungen 106 852 Personen, von denen 59 007 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 14 314 anderen Organisationen angehörten. Von den Angriffsbewegungen hatten 596 mit 90 718 Beteiligten den gewünschten vollen Erfolg, 66 mit 15 525 Beteiligten hatten Teilerfolg und 4 Bewegungen mit 609 Beteiligten mußten ohne Erfolg abgebrochen werden, da die Weiterverfechtung der Forderungen durch den Streik nicht ratsam war. Erreicht wurde eine Verkürzung der

Technische Rundschau.

Neue Patente, betreffend Stieh, Rahr, Draht und Walzwerke.

Eine jüngst patentierte Erfindung stellt eine Führungsvorrichtung für das anstehende Walzgerät an Walzwerken mit verstellbaren, unter Feder- oder Gewichtbelastung an die Walzen angebrachten Umpferwägen (272 081, Hoffmannsches Patent 2. Klasse in Wien) dar. Bei den bekannten Vorrichtungen dieser Art ist eine indirekte Belastung der Umpferwägen nur teilweise, und nur in Verbindung mit den Walzen des Walzgerätes möglich, während eine direkte Belastung, das heißt eine Verstellung der Umpferwägen in ihrer Längsrichtung überseht ungeschicklich ist. Es ist nun vorgeschlagen worden, die Führungen für das Walzgerät unabhängig von den Walzen des Walzgerätes verstellbar zu machen. Bei dieser Anordnung liegt jedoch die Verstellmöglichkeit innerhalb verhältnismäßig enger Grenzen. Die Verstellung selbst ist unabhängig, teilweise nur unter Anwendung von Hebeln, und nur bei Vorübergehungen des Walzgerätes möglich. Außerdem erfindet die Erfindung eine besondere Anordnung des Walzgerätes. Dagegen sind bei der neuen Erfindung die unter Gewicht- oder Federbelastung stehenden Umpferwägen in einfacher Weise in einem an der Austrittsöffnung des Walzgerätes angeordneten Rahmen — oder in einer Welle — herum gelagert, daß sie sowohl radial als auch axial durch entsprechende stehende Druckkräfte — zum Beispiel durch Schrauben — gelagert, oder einzeln und unabhängig voneinander nach den Walzen verstellbar werden können. Der Gehäus der Erfindung kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden: die Verstellung läßt sich aber jederzeit so einrichten, daß sie ohne Schwierigkeiten an dem Walzgerät angebracht ist.

Während beim Stieh auf Zylinderrollen die Reibgeschwindigkeit des Stiehs die gleiche bleibt, tritt beim Stieh auf Epizyklen der Umpferwägen ein, daß bei jeder Epizykel die Reibgeschwindigkeit des Stiehs wesentlich geringer ist als bei jeder Epizykel, wenn die Reibgeschwindigkeit der Epizykel gleich bleibt. Die Geschwindigkeit der Reibgeschwindigkeit ist jedoch von erheblicher Wichtigkeit, da insbesondere bei jeder Epizykel der Draht zu langsam, bei jeder Epizykel zu schnell gezogen wird, wodurch zu langsam eine zu geringe Zugspannung zu Ende gezogen wird ein Ergebnis der Erfindung ist, daß die Reibgeschwindigkeit der Umpferwägen der Epizykel auf langsamen Reibgeschwindigkeit — verleiht, die Umfangsgeschwindigkeit der Epizykel verleiht — und damit die Reibgeschwindigkeit — unabhängig davon zu halten. Diese Anordnung hat die vorstehende Zwecksetzung.

ist jedoch ein vollkommenes Gleichhalten der Umfangsgeschwindigkeit auf diesem Wege nicht möglich. Dem angegebenen Mangel will nun eine Vorrichtung zum Gleichhalten der Spulengeschwindigkeit bei Drahtziehmaschinen durch mit zunehmender Wicklungsbreite abnehmende Umpferwägen der Epizykel (272 471, Kratochwil'sches Patent in Wien) abgeholfen. Ihre Zwecksetzung ist, daß der Austrittsraum der Epizykel auf deren Bildung laßt. Damit sich dabei die Wicklungsbreite dem zunehmenden Wicklungsdurchmesser anpassen kann, ist der Rahmen des Epizykel eingerichtet.

Bei Walzwerken, bei denen das Metall in Form von Umpferwägen in den Walzgeräten eingebracht wird, ist es erforderlich, die Spannung von dem Kern des Walzgerätes zu trennen, so daß nur gleichzeitiges Material durch die Walzen hindurchgezogen wird. Es wurde zu diesem Zweck bisher der Walzgeräten — oder der Walzgeräten — Keiner ausgeführt als der Walzgeräten, so daß beim Walzgeräten die Spannung in Form einer Epizykel im Walzgeräten zuhalten. Als zweckmäßige Folge hiervon konnte der Walzgeräten auf eine Länge von wenigstens der Hälfte der Walzgeräten nicht im Walzgeräten gehalten werden, wodurch häufig Umpferwägen anfallen. Durch die vorgeschlagene Anordnung kann es nämlich öfters vor, daß sich der Walzgeräten — oder die auf diesen ausgelegte Walzgeräten — beim Walzgeräten verleiht, so daß auch Teile der Epizykel mit herausgezogen werden, was das Ergebnis unüberwiegend macht. Dies soll nun bei einer Erfindung, bei der die Spannung des Walzgerätes durch die Walzgeräten des Stiehs durch eine Schneidwalze in Epizykel von dem Walzgeräten abgetrennt wird (271 378, E. Hedmann, U.-G. in Dresden) bewirkt werden. Das Wesentliche der Erfindung besteht in folgenden. Es wird die abgetrennte Epizykelhilfe gleich nach dem Walzgeräten in einem hinter der Schneidwalze des Walzgerätes angeordneten Rahmen — oder in einer Welle — herum gelagert, daß sie sowohl radial als auch axial durch entsprechende stehende Druckkräfte — zum Beispiel durch Schrauben — gelagert, oder einzeln und unabhängig voneinander nach den Walzen verstellbar werden können. Der Gehäus der Erfindung kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden: die Verstellung läßt sich aber jederzeit so einrichten, daß sie ohne Schwierigkeiten an dem Walzgerät angebracht ist.

Patentiert wurde ferner eine Erfindung zum gleichzeitigen Einlegen des mehreren übereinander liegenden Walzen (271 423, Siemens'sches Patent in Wien). Hier werden besondere Vorrichtungen — von gleicher Form und Größe des Walzen — zwischen den Walzen bereit angeordnet, daß sie in der Bewegungsrichtung des Walzen — oder entgegen in dieser Richtung — beweglich gehalten sind, so daß beim Einlegen der Walzen Epizykel angedrückt werden.

Eine andere Erfindung hat einen Erfindungspatent für Walzwerke (271 887, Dipl.-Ing. 2. Klasse in Regensburg) zum Gegenstand. Es handelt sich hierbei besonders um Walzwerke mit in sich geschlossenen, beweglichen Walzgeräten. Man zeigen die Wirkung angedeuteten Ver-

fahren und Vorrichtungen aber gewisse Fehler, denen der Erfinder begegnen will. Zu diesem Zweck wird dem Stempel selbst eine wellenförmige Grundfläche gegeben, das dünne und biegsame Schmelzblech aber eben auf der Drehbank bearbeitet, und danach durch Verformung gegen den Stempel verformt, so daß sich das Messer der weichen Grundfläche des Stempels anschiebt. Durch den hierer erreichten Genauigkeitsgrad wird die Lebensdauer oder die Leistung des Messers wesentlich erhöht. Die Nacharbeit des Messers kann wiederum auf der Drehbank bewirkt werden, weil es nach Lösung der Verformung wieder das ebene Profil annimmt.

Vorrichtungen zum Einlegen von Druckwalzen in Einfederwerkzeuge, bei denen die Feder in ununterbrochenem, selbsttätigen Arbeitsgang fertig gebogen, dann zum Druckwalzenunterteil befördert und auf einem Korpus des Einfederwerkzeuges abgelegt wird, sind bekannt. Ebenso ist es bekannt geworden, das Einlegen der Feder in den Druckwalzenunterteil selbst durch ein Werkzeug zu bewirken, das aus zwei federnd verschleppbar gelagerten Prismen besteht. Gegenüber diesen Einrichtungen soll nun bei einer neuen Vorrichtung zum Einlegen von Druckwalzen in ein Einfederwerkzeug, die oberhalb der Federbiegevorrichtung axial und wagrecht verschiebbar ist (271 514, Firma H. Wolf & Sohn in Leipzig-Dresden) jedes einseitige Herausdrücken der Feder aus dem Werkzeug verhindert werden, was es soll die Vermeidung der Drehung der Feder in jeder Einzelfeder des gesamten Arbeitsganges die richtige Lage der Feder im Einfederwerkzeug gewährleisten. Deshalb sind innerhalb eines wagrecht verschiebbaren Schlitzen zwei axial verstellbare Stempel angeordnet, von denen der eine am Anfang der Achseverstellung die fertig gebogene Feder aufnimmt und bei der Seitenverschiebung mitführt, worauf sie schließlich durch Achsverstellung beider in das Einfederwerkzeug befördert wird.

Eine Auerbach'sche (272 427, N. Köhling & Co. in Dientorf-Düffeldorf) zur Herstellung der Spitzen von Drehstiften mit zwei gegenüberliegenden, je eine feste und eine bewegliche Welle tragenden Spindeln, deren Spindel sich aufeinander schieben, ist der Gegenstand einer weiteren Erfindung. Danach wird die bewegliche Drehstift-Welle von einer Stellvorrichtung geführt, und sie liegt lose in einem in Richtung der Spindelbewegung verschiebbaren Gleitstück, das durch eine Feder nach dem Werkstück und gegen einen Anschlag bewegt wird, so daß die Spindelteile zum Durchschlagen eines Doppelspindelstempels geöffnet werden können.

Um Radialkräfte abzufangen in Nuten und aus Nuten von neugebauten Röhren zu fördern, sind bereits Fördervorrichtungen in Vorschlag gebracht worden, bei welchen einem gezahnten Röhren eine Bewegung in seiner Längsrichtung erteilt wird, während ein zweiter gezahnter Röhren quer zur Bewegungsrichtung des ersten verfahren

Arbeitszeit für 49 283 Personen um zusammen 92 751 Stunden die Woche. Lohnerhöhung erreichten 48 307 Personen. Bestimmte Angaben über die Höhe der Lohnerhöhung machten 42 567 Personen, für die die Verdiensterhöhung 73 950 M. die Woche beträgt. Für 34 762 Personen wurden 251 Tarife zum Abschluß gebracht. Regelung der Akkordarbeit wurde für 8243 Personen erreicht. Bestehende Mißstände wurden in 44 Fällen für 11 432 Personen beseitigt. Zuschläge für Ueberstunden wurden für 14 315 Personen, für Nacht- und Sonntagsarbeit für 13 996 Personen gewährt. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreichten 36 250 Personen.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen 202 in 197 Orten geführt. Sie erfassten 261 Betriebe mit 82 385 Beschäftigten. An den Bewegungen waren 31 977 Personen beteiligt, wovon 13 063 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und 2064 anderen Organisationen angehörten. Die Zahl der Organisierten bei diesen Bewegungen dürfte aber wesentlich höher gewesen sein, weil bei 3 großen Bewegungen mit zusammen 13 700 Beteiligten ein Organisationsverhältnis der Beteiligten nicht angegeben wurde. Wollen Erfolg hatten 171 Bewegungen mit 26 495 Beteiligten, Teilerfolg 21 Bewegungen mit 5021 Beteiligten, 10 Bewegungen mit 461 Beteiligten waren erfolglos. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wurde für 701 Personen mit zusammen 2356 Stunden die Woche abgewehrt. Eine Kürzung des Verdienstes wurde für 10 403 Personen abgewehrt. Für 2919 Personen, die bestimmte Angaben über den Betrag der geplanten Verdienstkürzung machen konnten, hätte diese 9324 M. die Woche betragen. Tarifstreik wurde in 12 Fällen für 916 Personen abgewehrt. Bei 32 Bewegungen wurden 50 Maßregelungen rückgängig gemacht. Akkordarbeit ohne Lohngarantie wurde von 22 Beteiligten zurückgewiesen. Gegen schlechte Behandlung wehrten sich 490 Personen mit Erfolg, sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden für 21 981 Personen abgewehrt. Für 486 Personen wurden 9 Tarife abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde um 1006 Stunden die Woche für 1006 Personen verkürzt. Mit zusammen 690 M. Lohnerhöhung die Woche gingen 359 Beteiligte aus den Bewegungen hervor. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 468 Beteiligte erreicht.

Art der Bewegungen	Von den Bewegungen waren							
	erfolgreich		zum Teil erfolgreich		erfolglos		a. Jahresfrist nicht beendet	
	Anzahl	mit Beteiligten	Anzahl	mit Beteiligten	Anzahl	mit Beteiligten	Anzahl	mit Beteiligten
Angriffstreiks	106	7859	19	1182	30	40805	—	—
Abwehrstreiks	108	6866	20	794	53	3516	5	383
Aussperrungen	22	4534	7	899	4	3718	4	102
Bewegungen ohne Arbeitszeinstellung:								
Angriff	596	90718	66	15525	4	609	—	—
Abwehr	171	26495	21	5021	10	461	—	—
Zusammen	1003	186471	133	23421	101	46609	9	485
In Prozenten	80,5	65,30	10,7	11,21	8,1	23,26	0,7	0,23

Der Gesamterfolg der Kämpfe des Jahres, zusammengezogen aus den bei den fünf verschiedenen Arten von Bewegungen aufgezählten Errungenschaften, stellt sich größer dar, als nach der allgemeinen Geschäftslage erhofft werden durfte. Besonders die Erfolge auf dem Gebiete der Verkürzung der Arbeitszeit und der Lohnerhöhungen sind besonderer Beachtung wert. Sind auch die Zahlen der daran Beteiligten entsprechend der überhaupt geringeren Beteiligungszahl geringer als in den vorhergegangenen Jahren, so sind die Erfolge auf den erwähnten Gebieten deshalb besonders wertvoll, weil die auf den einzelnen Beteiligten entfallende Verkürzung der Arbeitszeit in ihrer Dauer und die Lohnerhöhung in ihrem Betrag höher ist als in früheren Jahren. Die Arbeitszeitverkürzung betrug 1912 durchschnittlich 1,74 Stunden die Woche, dagegen 1913 1,83 Stunden. Während die Lohnerhöhung im Jahre 1912 durchschnittlich 1,40 M. die Woche ausmachte, betrug sie im Jahre 1913 1,78 M. Die Arbeitszeit wurde für 56 163 Personen um zusammen 102 864 Stunden die Woche verkürzt. Erhöhungen des Verdienstes erreichten 58 219 Personen, von denen 52 363 über den Betrag der Erhöhung bestimmte Angaben machten, der für sie 92 950 M. die Woche beträgt. Bei 340 Bewegungen wurden für 44 719 Personen 11 830 Tarife abgeschlossen, 13 481 Personen erzielten die Abstellung bestehender Mißstände. Zuschläge für Ueberstunden erhielten 16 354 Personen, für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 622 Personen. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 40 221 Personen erkämpft.

Die Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte im Jahre 1913 deshalb besondere Be-

deutung, weil noch in keinem der früheren Jahre von den Unternehmern auf Verschlechterungen in solchem Umfange hingearbeitet wurde. Besonders die geplanten und abgewehrten Lohn- und Akkordkürzungen waren sehr zahlreich. Solche Kürzungen wurden für 14 156 Beteiligte abgewehrt. Davon konnten nur 3833 ganz bestimmte Wertangaben machen. Für diese beträgt die abgewehrte Lohnkürzung zusammen 14 856 M. die Woche oder durchschnittlich für den einzelnen 3,88 M. Bei Berechnung mit diesem Durchschnittsbetrag für alle an der abgewehrten Verdienstkürzung Beteiligten würde der abgewehrte Betrag 54 925 M. die Woche oder im Jahr zu 40 Arbeitswochen berechnet 2 197 000 M. betragen. Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in seinem nächsten Flugblatt gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband auch diese Zahlen gebührend würdigt. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wurde für 993 Beteiligte um zusammen 3628 Stunden die Woche abgewehrt. Gegen den Tarifstreik durch die Unternehmer wehrten sich mit Erfolg in 29 Fällen 1691 Beteiligte. Die Anfertigung von Streikarbeit wurde bei 5 Abwehrstreiks von 949 Streikenden zurückgewiesen. Bei 59 Bewegungen mußten die Unternehmer 141 Maßregelungen zurücknehmen. Akkordarbeit unter ungünstigen Bedingungen zum Zwecke der Verdienstminderung wurde in 2 Fällen für 53 Beteiligte abgewehrt. Gegen schlechte Behandlung wehrten sich mit Erfolg 1914 Personen und 22 802 Personen wiesen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurück.

An 293 Streiks und Aussperrungen, die von 31 verschiedenen Organisationen geführt wurden, waren 1184 unterstützungsberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beteiligt.

Die Kosten der Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen und ihr Verhältnis zur Beteiligungszahl und der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Verbandes sind aus den beiden folgenden Tabellen zu ersehen.

Art der Bewegungen	Hauptkassen		Totalkassen		Zusammen	
	M.	Stk.	M.	Stk.	M.	Stk.
Angriffstreiks	2394640	688595	3058295	868473	3058295	868473
Abwehrstreiks	504888	253500	758473	215655	758473	215655
Aussperrungen	648651	215655	864306	24193	864306	24193
Streiks anderer Organisationen	68126	24193	92319	—	92319	—
Bewegung ohne Arbeitszeinstellung:						
Angriff	466	3968	4434	—	4434	—
Abwehr	—	812	812	—	812	—
Zusammen	3616766	1161813	4778579	—	4778579	—

Art der Bewegungen	Die Ausgaben für Bewegungen betragen in Mark			
	für ein beteiligtes Mitglied unseres Verbandes		auf den Kopf der durchschnittlichen Mitgliederzahl	
	1912	1913	1912	1913
Angriffstreiks	82,69	96,84	2,88	5,49
Abwehrstreiks	28,91	79,82	0,69	1,36
Aussperrungen	66,11	118,60	2,32	1,55
Fremde Streiks	—	—	0,41	0,16
Bewegungen ohne Arbeitszeinstellung	0,06	0,07	0,015	0,009
Durchschnitt aller Bewegungen	18,84	39,68	6,32	8,58

Obwohl die Gesamtzahl der Bewegungen und auch die, die zu Arbeitszeinstellungen führten, 1913 weit geringer war als im Jahre 1912, sind die entstandenen Kosten doch von 3 387 611 M. um 1 390 968 M. auf 4 778 579 M. gestiegen. Im Durchschnitt wurden an ein streikendes oder ausgesperrtes Mitglied 39,68 M. gegen 18,84 M. im Jahre 1912 an Unterstützung bezahlt. Der große Umfang und die längere Durchschnittsdauer einer größeren Zahl Bewegungen mit Arbeitszeinstellung brachten diese Erhöhung der Kosten mit sich.

In gleicher Weise steigerten sich auch die Verluste an entgangenen Arbeitsverdienst der Streikenden und Aussperrten, die für das Jahr 1913 auf 8 305 874 M. berechnet wurden. Wenn auch diese Verluste im Jahre 1913 nicht durch die Aufrechnung der erzielten Lohnerhöhungen und der abgewehrten Verluste für geplante Lohn- und Akkordkürzungen voll gedeckt werden konnten, sondern noch ein Teil der ausbezahlten Streikunterstützung zur Deckung herangezogen werden mußte, so sind diese Opfer doch nicht umsonst gebracht worden, da sich so nicht nur die Lohnerhöhungen für weitere Jahre aufrechnen lassen, sondern auch die abgewehrten Lohnkürzungen, wenn sie eingetreten wären, von Jahr zu Jahr weitere Verluste gebräht hätten, die in diese Rechnung eingestuft werden müßten. Um die Verdienstmöglichkeit der Metallarbeiter wäre es traurig bestellt, wenn sie nicht durch ihre Organisation den Ausbeutungsgeulsten der Unternehmer hätten entgegenzutreten können, wie es im Jahre 1913 geschehen ist, da der einmal geglückte Versuch, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, nicht der einzige bleiben würde, sondern immer neue Versuche in vermehrter Auflage gescheitert hätte.

Die errungenen unmittelbaren Erfolge zeigen aber, daß eine gute Organisation mit geschulten Mitgliedern in der Lage ist, auch während der Zeiten schärfsten Geschäftsganges Vorstöße zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen und nicht nur auf die Abwehr beschränkt ist. Der gute Geist, der die Mitglieder befeuert, wenn es galt, Angriffe auf die Organisation zurückzuschlagen, läßt uns hoffen, daß bei besserer Geschäftslage wieder über Erfolge auf der ganzen Linie berichtet werden kann.

Die Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften.

In der Generalversammlung der „Gesellschaft für soziale Reform“ (am 9. Mai zu Berlin) hat Herr Professor Dr. Kessler aus Jena einen Vortrag gehalten, der das Mißfallen, man kann wohl sagen die flammende Entrüstung der Scharfmacher und Scharfmacherlos hervorgerufen hat. Besonders sind es folgende Sätze, die wie eine Bombe eingeschlagen haben:

„Die deutschen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten umfassen heute fast 4 Millionen Mitglieder. Sie sind weit über die Grenzen Deutschlands hinaus vorbildlich geworden durch die Straffheit ihres Aufbaues, durch die Bewillenshaftigkeit ihrer Verwaltung, durch die unermüdbare Tätigkeit in der Fürsorge für ihre Mitglieder, durch die Erziehung ihrer Mitglieder auch auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung. Sie haben die deutschen Arbeiter bewahrt vor dem Sozialismus, den wir in Frankreich sehen, sie haben das deutsche Gewerbe bewahrt vor dem Unfug der Sabotage und der direkten Aktion. Sie haben in Deutschland das beste Tarifwesen der Welt ausgebildet. Sie haben eine Kulturarbeit erfunden, die man sich dankt. Und trotzdem schweben sie rechtlich in der Luft, sie haben rechtlich schlechter als jeder kleine Regal- oder Bergnützlichkeitsverein. Sie werden von der Rechtsprechung — vornehmlich gesagt — hart angefaßt. Denken Sie nur an die Verurteilung, diese Organisationen der deutschen Arbeiterklasse unter den Erpressungsparagrafen zu bringen. Sie werden von der Verwaltung schikaniert. Sie werden von den mächtigen Unternehmerverbänden verachtet. Sie werden in ihrer Arbeit gehindert durch die künstliche Föschung von gelben Gewerkschaften, über deren Erfindungsbereitschaft sich freilich ließe, wenn sie überall ohne die Hilfe der Unternehmer entständen. Angehts dieser Bedeutung der Koalitionen für unser ganzes Volk-

Wirtschafts- und Kulturlieben und dieser traurigen Stellung, die sie in der Rechtsprechung und der Verwaltung und gegenüber der Unternehmerschaft tatsächlich haben, braucht man sich nicht zu wundern, wenn im Lager dieser Gewerkschaften rabiate Stimmungen und rabiate Töne aufsteigen. Man sollte sich auch nicht wundern darüber, daß die schlichten Glieder der großen Bewegung unter Umständen bei Erregung im Einzelfall Exzesse begehen, die die Führer nicht billigen. Ich glaube, daß die Behörden, die diese Koalitionen in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen, sowohl gegen das Interesse von Staat, wie gegen das Interesse von Industrie handeln. Ein Staat, der eine organisiert geliebte Bürgerschaft und keinen atomisierten Haufen von Steuerzahlern haben will, und ein Gewerbe, das eine disziplinierte Arbeiterkraft haben will, sollten eigentlich an starker Verbänden interessiert sein.“

Dieses Loblied aus dem Munde eines Professors, der sich eingehend mit dem Wesen und der Tätigkeit unserer Gewerkschaften beschäftigt hat, enthält eigentlich nur einen Auszug aus den Beobachtungen, die unparteiische Nichtarbeiter gemacht haben, wenn sie die neuzeitliche Arbeiterbewegung im allgemeinen und ihre verschiedenen Strömungen im besonderen studierten. Man braucht nur einen Vergleich zu ziehen zwischen dem wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Tiefstand der deutschen Arbeiter vor fünfzig Jahren und der Entwicklungslage, die sie heute erklommen haben, um die Summe von Kulturarbeit zu ermessen, die die Gewerkschaften geleistet haben. Oder will man vielleicht behaupten, daß der Staat oder das Unternehmertum diese Leistung vollbracht haben? Man zeige uns doch nur einen einzigen Fall, in dem durch Staat und Unternehmertum die Arbeiterklasse kulturell gehoben worden ist. Nur einen einzigen Fall! Ausnahmslos haben sich die Unternehmer gegen die Hebung der Arbeiter auf eine höhere Stufe der Entwicklung gestäubt und der Staat hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um den Kampf der Arbeiter um ihren kulturellen Aufstieg zu erschweren. Man würde die Arbeiter im leiblichen und geistigen Elend festbannen und in politischer Beziehung möchte man sie rechtlos machen. Dagegen haben sich die Gewerkschaften gestäubt und in einem zähen, erbitterten Kampfe haben sie die Arbeiterkraft emporgehoben. Wer nicht glauben will, daß dies das Wert und das Verdienst der Gewerkschaftsbewegung ist, der braucht nur in die Gegenden zu gehen, wo es noch keine oder nur eine schwache Gewerkschaftsbewegung gibt. Dort wird man den Unterschied deutlich erkennen zwischen einer Arbeiterkraft, die in der Schule der Gewerkschaft erzogen ist und einer Arbeiterkraft, die die „Erziehung“ durch Staat, Kirche und Kapital gemolten hat oder besser gesagt, die durch diese drei Mächte körperlich, geistig und sittlich verwahrloset ist.

Selbstverständlich kommt das Urteil des Professors aus Jena, der kein Sozialdemokrat, sondern ein gut bürgerlicher Mann ist, dem Scharfmachern recht ungelogen und um so ungelogener, da die ganze Ausbeuterklasse industrieller und agrarischer Färbung zurzeit gegen die Gewerkschaftsbewegung Sturm läuft und da auch der preussische Staat seine Polizeihand zum Zuschlagen ausstreckt. Die Scharfmacherklass machen ein Gesicht wie eine Kasse, der man Waldrian in die Nase hält, und darum sprechen sie wegherend über den „Kathedersozialisten Dr. Kessler“, der aus einem weltfremden Wolkenlandstüchlein heraus über die Gewerkschaftsbewegung urteilt. Allerdings besitzen sie wenigstens noch soviel Schamgefühl, sich nicht selbst als Kenner der Arbeiter und ihrer Organisationen aufzuspielen, weshalb sie die bekannten „Männer der Praxis“ als Eideshelfer heranziehen. In der Deutschen Arbeiterzeitung tritt ein Fabrikdirektor Noé Kessler'scher Bedenkens auf, der dem weltfremden Professor den Kopf wäscht und ihn maßig zu machen sucht.

Der „Mann der Praxis“ schlägt gegen den als Sozialpolitiker hochangesehenen Professor einen Ton an, den er sich wahrscheinlich in seiner Fabrik angewöhnt hat, wenn er seine Untergebenen ablangelt. Er meint, daß die Äußerung über die Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften in den Kreisen der Fabrikdirektoren ein allgemeines Schütteln des Kopfes hervorgerufen habe, wie die Antwort des seitler Examinatoren. Er fragt, woher der Professor den Mut nimmt, über Dinge zu reden, von denen er aber auch rein gar nichts versteht, der Herr Professor sei genau so gut berufen, ein Urteil über die deutschen Gewerkschaften abzugeben, wie er, der Herr Fabrikdirektor, berechtigt sei, eine naturgetreue Schilderung der idyllischen Gegendern im unermesslichen Konradgebiet zu verfassen. Aber das ist nun einmal das Unglück, behauptet der fachkundige Herr Direktor:

„Ein richtiger deutscher Kathedersozialist hat kein Verständnis dafür, daß das Leben nach Gesetzen sich abspielt, die mit seinen Ueberlegungen und Spekulationen im jährlichen Widerspruch stehen können; er überlegt sich, wie die Dinge nach seiner sehr maßgeblichen Meinung verlaufen müssen, verlinket hierauf die neugesunden Wahrheit und ist dann noch recht ungehalten, wenn er keinen Beifall bei den Männern findet, die das Leben nicht vom Studiertisch aus, sondern in der rauhen Wirklichkeit kennen gelernt haben.“

Es gehört eine große Unvorsichtigkeit dazu, einem Manne, der viele Jahre darauf verwendet hat, das wirtschaftliche Leben und das Wirken der Gewerkschaften nicht nur theoretisch vom Studiertisch aus, sondern auch wirklich kennen zu lernen, einfach jede Unreife abzusprechen. Wodurch will Herr Fabrikdirektor Noé beweisen, daß er eine größere Berechtigung hat, über die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu urteilen? Selbst wenn er eine genauere Kenntnis davon hätte, was heißt zu bezweifeln ist, so würde ihm doch das Hauptverdienst zu einer Beurteilung fehlen, nämlich die Unparteilichkeit und der Wille, ohne Rücksicht auf das eigene Klassegefühl zu urteilen. In dieser Hinsicht ist ihm der Professor auf jeden Fall über, denn was für einen Beweggrund sollte dieser haben, die Gewerkschaftsbewegung zu loben, da er doch im voraus weiß, daß er sich dadurch die gesamte Scharfmacherklasse auf den Hals heßt? Wenn nicht den Grund, der Wahrheit zu dienen und seiner ehelichen Ueberzeugung Ausdruck zu geben? Von dem Herrn Direktor kann man dies beim besten Willen nicht behaupten, denn der häßliche, beleidigende Ton, den er anschlägt, beweist seine Parteilichkeit und Voreingenommenheit. Sie kennen doch gewiß, Herr Direktor Noé, den Satz: „Ihr werdet groß, Freund, also habt Ihr Unrecht!“ Oder ist es vielleicht keine Grobheit, wenn Sie Ihrem Gegner den Rat geben, er solle erst mal die Tageszeitungen lesen und daraus lernen, wie die Gewerkschaften „mit Faust und Knüttel, den bekannten heiligen Waffen der Sozialdemokratie, den Arbeiterklassen den Freiheitsdrang und die Unabhängigkeitsgelüste austreiben“? Glauben Sie denn wirklich, daß der Herr Professor noch niemals etwas von dem Terrorismusgeschrei der kapitalistischen Presse gehört hat? Was soll also Ihre dreiste Zumutung? Aber sicherlich hat er sich durch eigene Beobachtung überzeugt, daß die Katernmacher der Zeitungen zum größten Teil auf Schwindel beruhen und daß das Wort: „Er lügt, wie gedruckt“ auch noch heute zutrifft.

Als Haupttrumpf spielt der Herr Direktor ein Gespräch aus, das er vor kurzem mit einem seiner Arbeiter gehabt haben will, der über 20 Jahre lang Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewesen sei. Der Arbeiter habe ihm erzählt, er sei aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft ausgeschieden, um endlich einmal wieder ein freier Mensch zu werden. Das sei er denn auch geworden, nachdem er dem Werkver-

trid. Bei derartigen Anordnungen sind aber genaue Begrenzungen der Bewegungen der die Stellung der Nadelköpfe bestimmenden Federn erforderlich, um die Schäfte in richtiger Lage dem Werkzeug zuzuführen. Eine so genaue Bewegungskontrolle kann jedoch bei einer „Vorrichtung zum abwechselnden Fördern von Nadelköpfen“ (272 848, S. Grotz & Co. in München) weggelassen, weil zum Festlegen der Schäfte ein feststehender, gegangener Keil in Anwendung kommt, auf dessen Zahnrücken die durch besondere Mittel bewegten Nadelköpfe in die Lücken rutschen und sich demgemäß in eine bestimmte festgelegte Lage einstellen. Die Beförderung der Schäfte von einer Lücke in die andere wird aber dadurch bewirkt, daß ein in waagerechter Richtung bewegter glatter Ballen die Schäfte auf einem nur senkrecht bewegten glatten Ballen vorwärts rollt, und daß die Rollbewegung durch Senken des zweiten Ballens bis zu dem mit Zähnen besetzten feststehenden Ballen begrenzt wird, auf dessen Zahnrücken die Nadeln in die Lücken rutschen. Diese Anordnung ermöglicht es, die Schäfte während des Förderns durch Schleifen zu bearbeiten. Während der Aufstellung sind dann die Schäfte in einer ganz bestimmten Stellung auf dem Grunde der Zahnflächen des unbeweglichen Keils festgelegt, um weiter durch festgelegte Werkzeuge bearbeitet werden zu können.

Ferner sei ein „Werkstückhalter für Maschinen zum Einmaligen von Zähnen in Zahnräder“ (274 342, S. N. Anderson in Dayton) erwähnt. Es ist hier besonders an solche Maschinen gedacht, bei welchen sowohl Werkstücke als auch Zahnwäler zwangsweise gedreht werden, während ihre gegenseitige Annäherung erfolgt. Bei diesen Maschinen sind Werkstückhalter bekannt, von denen die eine angetrieben, die andere durch das dazwischenliegende Werkstück mitgenommen wird, und gegen die angetriebene Scheibe beweglich gelagert ist. Nach der Erwähnung wird nun das Einlegen und Herausnehmen der Werkstücke aus ihren Haltern dadurch erleichtert, daß die eine Klemmscheibe weniger konisch ausgeführt ist als die andere. So bleibt ein zwischen den beiden Scheiben sitzendes Werkstück auf der Klemmscheibe von geringerer Konizität stehen, wenn die beiden Scheiben voneinander weg bewegt werden.

Eine „Schraubenbolzenmaschine“ (274 343, S. G. Waroid in Springfield), bei der die Werkstücke einzeln mittels in einem abwechselnd gedrehten Rahmen angeordneter Klemmfutter den Bolzenwerkzeugen zugeführt werden, ist dadurch gekennzeichnet, daß die Klemmfutter die Werkstücke auf ihrem Weg zu den Bolzenwerkzeugen an einer Schiebervorrichtung vorbeiführen, die das Schmiermittel auf sie aufsprüht. Genaue erfolgt das Einführen der Werkstücke durch eine Schmierkammer, die von dem auf ihrem Weg gegen einen Bolzen der Schmierkammer wirkenden Klemmfutter weitergeschaltet wird.

der Fabrik betreten sei, der ihm bei geringeren Vertragsleistungen höhere wirtschaftliche Vorteile bietet, als der Verband. Der „freie Mann“ (schon) räumt förmlich den freien Willen ein. „Ich darf jetzt jede Zeitung lesen, die ich lesen will, ich darf jede Wirtschaft und meine Frau darf jeden Kaffeegarten in der Stadt besuchen, weil uns keine Vertuschung mehr bindet, ich darf jetzt abends zu Hause bleiben und bin nicht mehr gezwungen, fast allabendlich mein gutes Geld in sozialdemokratischen Versammlungen zu verstreuen, ich darf jetzt auch mit meinen Vorgesetzten freundlich verkehren, ich darf, wenn die Arbeit drängt, eine Ueberstunde machen, meine Frau darf wieder in die Kirche gehen und ich dürfte Oestern auch ein Kind konfirmieren lassen. Und vor allen Dingen darf ich jetzt mein Geld in der Tasche behalten und brauche es nicht an die sozialdemokratische Organisation abzugeben, um dazu beizutragen, daß Tausende von Seuten, die nicht gerne arbeiten, ein bequemes Leben haben.“

Dieser Freiheitshymnus eines Gewerkschaftlers, den wir zu Nutz und Frommen unserer Kollegen ohne Erläuterung hier wiedergeben, muß in den Ohren des Herrn Direktors wie Spährnenwurf geklungen haben — vorausgesetzt, daß der Arbeiter so gesprochen und der Herr Direktor Mos nicht sich selbst so etwas vorgebetet hat. Die „Anerkennung des Arbeiters“ hat wirklich etwas sehr Ueberzeugendes an sich — wer laßt das? — und darum spricht der Direktor zum Professor: „Sehen Sie, so urteilt ein Arbeiter, der Jahrzehntlang im gewerkschaftlichen Kampfe stand, im Gegensatz zu Ihnen, der Sie die Verhältnisse in Fabriken kaum vom Hörensagen kennen, und der Sie auch keine Ahnung haben von den außerordentlichen Gefahren, die unser ganzes wirtschaftliches Leben bedrohen, wenn der Uebermacht der Gewerkschaften nicht ein Kiegel vorgeschoben wird.“ Und dann heißt es zum Schluß, nachdem der Herr Direktor den Professor zum Besuche seiner Fabrik eingeladen hat: „Am Substanzvollsten lernen Sie solche wichtigen Fragen nicht kennen und aus dem Ende eines Federhalters hat sich noch niemand eine Lebenswahrheit herausgekaut.“ Damit hat nach der Meinung der Schachmacherpresse der Herr Direktor Mos den überzeugenden Beweis erbracht, daß es nichts ist mit der Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften. Und die Schachmacherpresse würde recht haben, wenn es möglich wäre, durch direkte Ueberhebung und schandvolle Redensarten eine Tatsache aus der Welt zu schaffen, die von keinem unparteiischen Kenner bestritten wird. Die Zukunft wird es lehren, worin eine große Kulturarbeit liegt — in der gewerkschaftlichen Tätigkeit oder in der Selbstpolitik des Ausbeuterten. Wir Gewerkschaftler sehen diesem Urteil mit ruhiger Ruhe entgegen.

Eine Nachtprobe.

Der Kampf in den Linde-Hofmann-Werken in Breslau.

Gänzlich unermutet haben sich die Verhältnisse in Breslau verschärft. Der Kampf unserer Kollegen in den Linde-Hofmann-Werken hat eine Wendung genommen, die dem Standpunkt beider Parteien als wenig wünschenswert erscheint. In den letzten Wochen schleppten sich die Verhandlungen müde dahin. So ernst es den Arbeitern mit dem ehelichen Frieden war, das Vertrauen, das Herr Schrambach in der Aktionärsversammlung von ihnen forderte, konnten sie mit dem besten Willen nicht ausführen; dazu hatten sie schon zu trübe Erfahrungen mit den Verhandlungen der Werksleitung gemacht. Heute sind sie wieder um eine Erfahrung reicher, die „Unternehmerzeitschrift“ hat sich wieder einmal glänzend bewährt.

Schon schien es, als ob die Parteien sich einigen wollten. Ueber die 1. Jahrsbilanz der Fabrik war eine allerdings noch unendliche Verhandlung erzielt worden. Da fiel es der Direktion ein, den Arbeitern plötzlich in schriftlicher Weise eine letzte Bedingung zu stellen, deren Ablehnung sie mit dem sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu beantworten drohte. Diese letzte Bedingung war aber nichts weniger als ein Entgegenkommen. Fast wie zum Spott auf den ehelichen Friedenswillen der Angehörigen leitete die Werksleitung jedes, auch das kleinste Zugeständnis einseitig ab. Die Wägen der wochenlangen Verhandlungen sollten also nunmehr gewesen sein. Bedingungslos wollte man die Arbeiter der Gnade der Werksleitung überlassen sehen.

Das war zum Glück. Dieser Schlag ins Gesicht löste die ganze Energie der Kämpfenden aus. Sie, die schon 21 Wochen das Gleichgewicht des Lohnkampfes mühsam getragen, sie wollten jetzt bedingungslos zu Strafe kriegen. Demüthig sollten sie erwidern, was die Gnade der Direktoren über sie verhängen würde? Das konnte man diesen Leuten nicht zumuten. Und einzig, wie sie einst in den Stumpfjahren, kämpften sie gegen die Annahme der unwürdigen Bedingungslosheit. Drei Kollegen waren für die Annahme der Arbeit, 342 lehnten diese Zustimmung entschieden ab.

Es ist unbegreiflich, wie die Firma in solcher noch nie dagewesener Weise vorgehen konnte. Jedenfalls waren die Herren Direktoren schlecht beraten, als sie den Angehörigen so jähren entgegenredeten. Auch bei den Verhandlungen mit unabhängigen Arbeitern war es bisher Sitte gewesen, daß wenigstens Treue und Glauben gezeigt wurde. Wie will der Arbeitgeber des Kapitalismus, Herr Direktor Schrambach, diese offensichtliche Verletzung dieses Brauches entschuldigen? Wenn man den Arbeitern in fallenden Worten Lohn ein unethisches Verhalten zur Firma empfiehlt, dann muß man wenigstens dafür sorgen, daß dieses Verhalten nicht so geächtet wird, wie in diesem Falle. Auch für eine finanzielle so sehr geschwächte Gesellschaft wie die Linde-Hofmann-Werke ist es nicht gleichgültig, ob sie eine zurechnende Arbeiterzahl hat oder nicht. Solche „Angebotigen“ Leistungen können sie aber nur jeden Kredit bringen, und das ist im gewerblichen Leben eine wichtige Sache.

Vielleicht war es ein Bluff, mit dem der etwas anmaßlich bewachte Herr Schrambach die Angehörigen einschüchtern wollte. Wenn das richtig ist, dann haben die jungen Mütter dieses Schmeichels eine gute Witterung gerochen. Gerade das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigten, ist eingetreten. Geschäftsführer als ein Anfang des Kampfes stehen die Arbeiter da, und zu dem Glauben über die Unmöglichkeit der drohenden Kapitalisten gestellt sich jetzt höchstens noch der Haß und die Sentimentalität, die man unzulässig solchen Reaktionen entgegenbringt, die den Vertrauensverhältnis mit jenen Arbeitern einzuweisen suchen. Der Firma scheint ihre Zahl jetzt unbeschädigt zu sein, denn in ihrem Spandauer, der Schließung der Fabrik, verpackt sie eine Art Resignation, indem sie die kühnsten Verhandlungen aufweist, die Angehörigen hätten immer wieder neue Geschäftsideen aufgestellt und neue Verhandlungen geführt gemacht.

Denn ist selbstverständlich keine Rede. Die Wünsche der Arbeiter sind zu berücksichtigen, wie sie nur irgend sein können. Es sind die ersten Fragen über die Arbeitsfrage, deren Berücksichtigung wenigstens in den nächsten Tagen geschehen wird. Wörtlich lautet sie:

1. Die Arbeitsfrage, bei denen nur der Arbeitsnachlassung nach sein Antrag erfolgt, bleiben bestehen.
 2. Die bereits herabgesetzten Arbeitspreise, bei denen trotz der Forderung ein Rückgang von 30 Prozent über den Standespreis erreicht wird, bleiben bestehen.
 3. Die Arbeitsfrage, wo ein Nachbesserer von 30 Prozent über den Standespreis nicht erreicht wird, werden dementsprechend abgeändert.
- Siehe von diesen ist der Standespreis zu verstehen. Und so mögen es die Herren, die in der Fabrik die Verhandlungen zu führen, die sie den Arbeitern gemacht haben? Wenn man auch vollständig die

betruht unmaßige Verbüchigung eines verhassten Gegners noch verheßen kann, was aber bezog die Firma, auch den Gewerkschaftler Bauer, der sich die größte Mühe gab, den Streit parteilos zu schlichten, rücksichtslos bloßzustellen? Wir rufen diesen Herrn zum Zeugen dafür auf, daß es den Arbeitern niemals eingefallen ist, die Verhandlungen durch neue Forderungen zu führen. Die oben angeführten Wünsche sind schon am Anfang der Bewegung gestellt worden, denn ihrerwegen lobt der Kampf überhaupt. Was man so nebenbei die „Führer“ der Ueberstunde sucht, als wollten sie auf alle Fälle irgend welche Zugeständnisse erlangen, um diese dann den treuen Arbeitern vorzuhalten, ist ein recht nativer Bluff. Wenn man kämpft, will man selbstverständlich auch etwas erreichen. Aber hier waren es nicht die Führer, sondern die Arbeiter, die zum Kampfe drängten, weil sie den Druck des Herrn Schrambach nicht mehr länger ertragen wollten. Die Leiter der Organisation gaben und gehen sich heute noch alle Mühe, ihre Kollegen zur Besonnenheit und ruhigen Ueberlegung zu bringen. Ihnen liegt am Wohl der Verbandsmitglieder weit mehr, als an einem so wertlosen Ruhm gegen die Arbeitswilligen. Diese Redensarten der Direktion sind also vollständig überflüssig.

Gänzlich unbegreiflich aber ist das Verhalten der Firma. Einer Lohnfrage wegen, die bei den Riesengewinnen der Firma geradezu lächerlich anmutet, wickelt sie Hunderttausende zum Fenster hinaus und schädigt ihren geschäftlichen Ruf in unverantwortlicher Weise. Das läßt sich nicht mit der Vernunft erklären, hier müssen besondere Gründe vorhanden sein. Ober spielen etwa die Linde-Hofmann-Werke die Vorhut des Bundes der Industriellen? Fast scheint es so, denn nachdem der Arbeitsnachweis der Industriellen nach dem eigenen Geständnis der Firma vollständig verfaßt hat, erteilte ihr der Bund die Erlaubnis, in allen Bezirken durch Anzeigen Arbeitswillige zu suchen. Das war ihr bis vor wenigen Tagen streng untersagt, wahrscheinlich, weil man den drücklichen Firmen keine Arbeitskräfte entgegen lassen wollte. Bürgerliche Blätter in Berlin, Chemnitz und Leipzig brachten in diesen Tagen Anzeigen folgenden Inhalts:

Automaten-Einrichter

für Cleveland- und Gröbley-Automaten sofort gesucht. Derselbe muß hauptsächlich mit der Schreubrennmaschine vertraut sein und saubere Arbeit liefern können und darf nicht organisiert sein. Schriftliche Meldungen an: Linde-Hofmann-Werke, Breslau 17.

Ferner erschienen in Augsburg, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Köln, KÖln, Chemnitz, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elbing, Esch, Frankfurt, Frankfurt, Götting, Halle, Hamburg, Hannover, Harburg, Hirschberg, Karlsruhe, Kiel, Königsberg, Lübeck, Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Augsburg, Essen, Eisenach, Eberfeld, Saarbrücken und Bremerhaven Anzeigen in bürgerlichen Blättern, die unter der Überschrift der Lohnbewegung Arbeiter aller Berufe für die Linde-Hofmann-Werke zu werden suchten. Ja, sogar nach Wob in Hunsrück hat sich die Firma gewandt, allerdings ohne Erfolg. Man sieht, es tut ihr sehr nötig. Uebrigens haben schon einzelne bürgerliche Blätter eingesehen, daß es nicht besonders ehrenvoll für sie ist, der Firma für schnödes Geld Zutreibdienste zu leisten. Der Generalanzeiger in Breslau wenigstens hat es abgelehnt, weiterhin Streikbrecherdienste aufzunehmen.

Man sieht, das Wasser ist der Firma an der Kehle. Wenn sie trotzdem mit so gewagten Mitteln arbeitet, wie dem famosen „Ultramar“, dann muß sie entweder höheren Gewalt Rechnung getragen oder, wie schon betont, einen Bluff gemacht haben. Der ist allerdings für diesmal gänzlich mißlungen. Arbeiter, die ihrer gerechten Forderungen wegen nicht zurückweichen wollen, wie die Angehörigen der Linde-Hofmann-Werke, die erschreckt man nicht mit solchen Mitteln. Auch der triumphierende Hinweis auf die angeblich 3000 Arbeitswilligen versagt bei dem höchsten Bedacht sehr wenig. Was will die Zahl besagen, selbst wenn sie richtig wäre? Auf die Arbeitsleistung kommt es an. Damit aber steht es recht trübe aus, wie die Firma wohl selber zugeben wird. So gut wie nichts ist geleistet worden. Wenn das noch so weitergehen soll, dann sind die armen Aktionäre zu bebauern. Mit den Dividenden für 1915 wird es wohl ohnehin schlimm stehen.

Was soll aber der so jähliche Kampf? Es wäre doch vernünftiger, den Arbeitern die geringen Wünsche sofort zu erfüllen. Große wirtschaftliche Schäden und gewaltige Kosten würden dadurch vermieden und vor allen Dingen verschände die Verblüffung unter den Arbeitern, wenn sie ein wirkliches Entgegenkommen sehen. Und liegt der Firma denn gar nichts an dem Vertrauen der Leute, die sie hoch zu schätzen wissen? Ist die Werksleitung nicht wenigstens bereit, ihre Hand zum Frieden zu bieten, oder endlich muß er sein. Für solche Romane, wie es die letzten Verhandlungen waren, sind sie nicht wieder zu haben. Echte Verhandlung auf annehmbarer Grundlage wäre ein ungeheurer Vorteil für beide Parteien.

Das Genossenschaftswesen.

[1] Die Großkaufgesellschaft deutscher Konsumvereine veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1913, das für die Gesellschaft trotz aller Schwierigkeiten der allgemeinen Wirtschaftslage, die eine lange, bedeutsame Darstellung erfordert, als ein günstiges bezeichnet werden kann. Freilich, ihr Abgabebereich sind, was ja schon der Name besagt, die Konsumvereine und diese selbst wieder sind — die Träger sind Geschäftsführer der Firma. Man wird doch zunächst Geschäftsleiter mit sich selbst machen, und da mögen die Zeiten leicht oder gut sein: das genossenschaftliche Gegenstandsverhältnis zwischen der Großkaufgesellschaft und den ihr angeschlossenen Konsumvereinen bildet die Grundlage des Wirtschaftswesens für beide Teile ab und bildet eine gewisse geschäftliche Selbständigkeit, die in Krisenzeiten für das allgemeine Geschäftsleben eben nicht annehmbar ist. So bildet die Großkaufgesellschaft deutscher Konsumvereine, die aus 807 Konsumvereinen mit einem Gesellschaftskapital von 4 Millionen Mark besteht, ein bemerkenswertes Zeugnis für die größere Volkswirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlichen Delonomie gegenüber der Kapitalwirtschaft. Die allgemeine Geschäftsleitung ist bei jeder ihrer glücklichen wie bei jeder, aber Risiko und Kapitalanlage sollen aus, der einzige Gewinn „an sich selbst“, der bei Kapitalistischen Unternehmungen auf Kosten Dritter geht, wird nicht auf Grund der Kapitalanlage zurückerhalten — sondern bei Kapitalistischen Unternehmungen — sondern auch die Gefahr der von den angeschlossenen Konsumvereinen bezogenen Waren aus ihrem eigenen Geschäft. Und schließlich ist der Ueberbestand des Geschäftsergebnisses nicht an die Geschäftsführer und an den Vorstand und Aufsichtsrat, sondern wird im Geschäft selbst weiterverwendet zur Ausdehnung der Betriebe, für die es ein Ziel ist. Denn man hat bestmögliche Gewinn für Tausende von Konsumvereinen, für Millionen von Familien die Warenversorgung abzurufen. Die allgemeine Geschäftsleitung der Warenversorgung, nicht nur Warenverteilung, wenn gesagt sein muß, daß das Wirtschaftswesen der Großkaufgesellschaft selbst Warenverteilung als Warenverteilung ist. Es ist in der Tat ein bemerkenswertes Zeugnis von dem Kapitalismus, wenn man über einen Umsatz von

154 047 316 M. berichtet, wovon 10 089 314 M. auf die Warenherstellung in eigenen Betrieben entfallen; kein, sobald man erwägt, daß in der deutschen Warenherzeugung für den täglichen Lebensunterhalt — und um den nur kann es sich handeln — vielleicht 10 bis 12 Milliarden umlaufen. Ueber die Bedeutung dieser Entwicklung liegt in der Anwendung des Grundsatzes der Gemeinwirtschaft: Regelung des Warenverkehrs und der Warenherzeugung für den — allerdings geschlossenen — Markt. Also darin, daß wir ein festes und sicheres Beispiel für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens besitzen, die sich in diesem Falle ohne politische Umdenkung vollzieht. Es ist eine wichtige Probe auf ein wichtiges Beispiel.

Was von diesem Beispiel für die Zukunft zu erwarten ist, zeigt der fünfjährige Entwicklungsgang der Umsatzzahlen der Gesellschaft. 1909: 74 915 817 M., 1910: 88 669 649 M., 1911: 109 605 469 M., 1912: 135 907 173 M., 1913: 154 047 316 M. Es sind Zahlen, die bewundernswürdig sind, daß mit dem zehnjährigen und wirtschaftlichen Streben der Arbeiterklasse nach einem höherstehenden Wirtschaftssystem eine Vertiefung in die genossenschaftliche Wirtschaftsbildung sich vollzieht, so ist leicht vorauszufragen, daß in 10, 20 und 50 Jahren — man möchte es erleben — die Großkaufgesellschaft und die deutschen Konsumvereine einen großen Teil des täglichen Wirtschaftslebens umfassen und es in seiner Gesamtheit weitgehend beeinflussen, was vielleicht noch größere volkswirtschaftliche Bedeutung beanspruchen kann, als die Tatsache eines vorausgesetzten Wirtschaftswesens in Umsatz und Warenherstellung des Konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen.

In der Eigenerzeugung betreibt die Gesellschaft nunmehr drei Zigarrenfabriken, eine Kautschuffabrik, eine Zündholzfabrik, eine Seifenfabrik, im Bau befinden sich: eine weitere Seifenfabrik, eine Leigwarenfabrik, eine Kistenfabrik. In den bereits im Betrieb befindlichen Unternehmungen sind 2019 Angestellte und Arbeiter (1912: 1732) beschäftigt, wobei es sich ganz von selbst versteht, daß gewerkschaftliche Tarife die Grundlage eines Arbeitsverhältnisses bilden, das auf gleicher Höhe in konkurrierenden Privatbetrieben bis heute nicht nachgemittelt werden konnte. Der Warenverkehr am Stammsitz der Gesellschaft in Hamburg hat auch die Einrichtung eines eigenen Freihaufbetriebs mit Emergühererei notwendig gemacht. Dies lange wird es noch dauern, bis die deutschen Konsumvereine durch ihre Umsätze die Gesellschaft zur Beschaffung einer eigenen Handelsflotte veranlassen, wie es in England schon länger der Fall ist.

Von Wichtigkeit ist auch die Tatsache, daß ein verhältnismäßig bedeutender Warenbezug von genossenschaftlichen Organisationen stattfindet. Er belief sich im ganzen auf 8 679 325 M. (1912: 7 551 460 M.), worunter sich ein Posten von 401 398 M. über die Rheinisch-Westfälische Holzindustrie G. m. b. H. in Dortmund befindet. Diese Firma ist ein echtes und rechtes genossenschaftliches Arbeiterunternehmen, das wie manche andere ohne die lauffähige Abnehmerkraft der Großkaufgesellschaft und ihrer Konsumvereine wohl kaum in dem Umfange zur Warenherzeugung käme, wie es jetzt tatsächlich der Fall ist.

Die im Jahre 1909 angelegte Baulaibteilung weist ebenfalls eine ganz ansehnliche Entwicklung auf, denn die Zahl der Girokonten betrug 513 (1909: 189), die Umsätze im Soll 198 856 636 M. (1909: 33 131 164 M.), im Haben 200 496 408 M. (1909: 33 164 424 M.). Das Bankinlagenkonto betrug 55 239 665 M., wovon im Lauf des Jahres 30 003 580 M. abgehoben wurden, so daß am 31. Dezember 1913 ein Bestand von 25 236 085 M. verblieb. Die Gewerkschaften sind im Giroverkehr mit steigenden Umsätzen beteiligt (1913: 16 205 400 M., 1912: 12 362 500 M.), aber die einzelnen Gewerkschaftsverbände — wiefern zum Teil große Schwankungen auf. Wünschenswert dürfte es erscheinen, wenn der Geldverkehr der Gewerkschaften gerade in dieser Sparte, in der auch die Kapitalistischen Geldinstitute am meisten verdienen, ein noch regerer werden würde.

Es ist schon früher einmal in der Metallarbeiter-Zeitung auf die vorbildliche Finanzabteilung der Gesellschaft hingewiesen worden. Dies Urteil kann für die Auffstellung der Bilanz und die Verteilung des Reingewinns aus dem Geschäftsjahr 1913 kräftig unterstrichen werden. Man findet nämlich im Rechnungsabluß einen Reingewinn von 1 862 971 M. ausgewiesen nach folgenden „Abzweigungen“: Grundstücke und Gebäude 140 222 M., Fabrikations- und Maschinenanlagen 339 436 M., Lüftungs- und Heizungsanlagen 60 601 M., Inventar 104 711 M.; es sind damit nur die allergrößten Abzweigungen herausgegriffen, denn die Gesamtabzweigungen betragen 735 933 M. Bilanzgelehrter wissen, daß derartige Abzweigungen namhafte Vermögensverbesserungen bedeuten. Außer diesen Abzweigungen ist aber auch noch eine „Zuweisung zum Bankreservere- und Produktionsfonds“ im Betrag von 487 395 M. vorhanden, so daß die Ab- und Zuschreibungen in der Bilanz, die bei jedem Unternehmen auf den Stärkegrad seines finanziellen Zustandes und seiner Jahreswirtschaft schließen lassen, die runde Summe von 1 223 328 M. betragen, das ist 66 Prozent des Reingewinns! Noch ansehnlicher wird die Bilanz, wenn man darin Ueberweisungen an die Revisionsverbände der Konsumvereine im Betrag von 34 000 M. und an den Hilfsfonds des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Betrag von 25 000 M. findet. Da wird es verständlich, wenn bei einem Bruttogewinn von 5 614 108 M. nur 1 862 972 M. Reingewinn übrigbleiben. Bemerkenswert ist nun auch, wie dieser Reingewinn vollends verteilt oder besser gesagt: „untergebracht“ werden soll. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft, der fast ausschließlich aus Geschäftsführern großer deutscher Konsumvereine besteht, unterbreitet der im Juni in Bremen stattfindenden Generalversammlung den Vorschlag, dem dividendenberechtigten Umsatz der beteiligten Konsumvereine im ganzen 598 162 M. zuzumachen zu lassen, nachdem statutengemäß das eingezahlte Kapital 5 Prozent Zinsen mit 129 523 M. der Reservefonds ebenfalls 5 Prozent mit 86 672 M. und ein Dispositionsfonds 606 706 M. erhalten haben. Den Rest mit 441 907 M. sollen wiederum die Reserven mit 21 064 M., Dispositionsfonds mit 136 748 M. erhalten, den Produktions-, Bau- und Amortisationsfonds sollen 47 000 M., dem Unterstützungsfonds 17 067 M., dem Pensionsfonds 220 000 M. zugewiesen werden. Die Vereine erhalten also von dem durch Abzweigungen und Reserven schon vorher in der Bilanz deutlich verringerten Reingewinn mit 1 862 972 M.: 598 162 M. Dividende und 129 523 M. Kapitalzinsen, zusammen 727 685 M., das ist ungefähr 40 Prozent des Reingewinns. Alles übrige fließt in die Reserven aller Art (Dispositions-, Baufonds u.) und in die Pensions- und Unterstützungsfonds. Die Reserven allein erhalten, wenn, was zu hoffen ist, Bilanz- und Reingewinnverteilung genehmigt werden, 1 392 773 M. Sie betragen mit den Abzweigungen (735 933 M.) zusammen 2 128 706 M. Beachtet man schließlich noch, daß die bisherige Reserve schon 6 606 734 M. betrug und nimmt die neuen mit 1 392 773 M. dazu, so erhält man einen Reservebestand von 7 999 507 M., also rund 8 Millionen Mark gegen ein gezeichnetes Stammkapital von — 4 Millionen Mark.

Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß bei der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat der Großkaufgesellschaft außerordentlich hohe Finanzgrundsätze beobachtet werden, die sicherlich auch von dem großzügigen Grunde der Bilanz, die die Gesellschaft auf eine derartig feste finanzielle Grundlage zu stellen, daß sie nicht nur gegen Gelegenheitsrisiken sturmfest ist, sondern auch unabhängig davon der Entwicklung ihrer gesamten Eigenerzeugung alle Kräfte widmen und nutzbar machen kann. Ein solches Finanz- und Wirtschaftsprogramm, das jede Unter-

Schließlich dürfen auch noch ein paar Worte zu den sozialen Leistungen der Gesellschaft gesagt werden. Der Geschäftsbericht enthält im Anhang die mit einzelnen Berufen abgeschlossenen Generalstatistiken, die durch Vergleich mit den Verhältnissen von Privatunternehmungen am jeweiligen Platz und Bezirk erkennen lassen, daß in den Erzeugungs- und Handelsbetrieben der Gesellschaft Angestellte wie Arbeiter tatsächlich um ein wesentliches besser dazustehen: Höhere Arbeitszeit, höhere Löhne und das Recht auf Ferien sind bestimmend für das Urteil, daß die anderen das erst ein mal nachmachen sollen, bevor die Presse, selber fast ohne Ausnahme, den Schein erweckt, als ob dort erst nach dem Rechten gesehen werden müsse. Das Gegenteil ist der Fall. Man braucht ja auch nur einen Blick auf die freiwirtschaftlichen Leistungen zugunsten des Personal zu werfen, die mit rund 160 000 M. allein für das Jahr 1913 angefallen sind, um anzuerkennen, daß die Gesellschaft ihre großartige Finanzwirtschaft nicht auf Kosten der Arbeiter und Angestellten betreibt, wie es in kapitalistischen Unternehmungen die Regel ist, sondern daß auch die gewerkschaftliche und soziale Rücksicht auf das Personal in einem Maße zur Geltung kommen, die Anerkennung verdient.

Was in allem: Der Geschäftsbericht der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine für das Jahr 1913 enthält Lehren volkswirtschaftlicher, finanztechnischer, sozialer Art, die höchst beachtenswert sind. Und zwar nur in gutem Sinne des Wortes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. Juni der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Juni 1914 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Weidenheim statt 5 z jezt 10 z pro Woche. Der Verwaltungsstelle Freiburg i. Br. statt 5 z jezt 10 z pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Penzig: Der Former Emil Paul, geb. am 23. August 1886 zu Chemnitz, Buch-Nr. 1.135 167, wegen Schwindelens.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau: Der Arbeiter Paul Schotenkröh, geb. am 4. Febr. 1896 zu Schönfeld, Buch-Nr. 1.259 421, wegen Unterschlagung und Betrugs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Danzig: Der Arbeiter Ernst Zmorra, geb. am 12. Mai 1890 zu Danzig, Buch-Nr. 2.116 867, wegen unregelmäßigen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fraustadt: Der Eisenarbeiter Ernst Marschall, geb. am 29. November 1869 zu Fraustadt, Buch-Nr. 1.797 829, wegen betrügerischer Manipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Tübingen: Der Former Martin Schauler, geb. am 26. November 1885 zu Eningen, Buch-Nr. 2.123 731, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wismar: Der Dreher Karl Regeler, geb. am 19. Dezember 1880 zu Dresden, Buch-Nr. 1.299 637, wegen Schwindelens und unregelmäßigen Verhaltens.

Auf Beschluß des Vorstandes: Der Hauschloffer Jul. Pawlitschek, geb. am 16. Dezember 1894 zu Belgrad, Buch-Nr. 88266 (Schweiz. Verband), wegen Denunziation;

der Maschinenschloffer Albert Gmyrek, geb. am 16. Okt. 1890 zu Kiergarten, Buch-Nr. 84259 (Schweiz. Verband), wegen unregelmäßigen Verhaltens.

Wieder aufgenommen wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altenburg: Der Schlosser Paul Hafener, geb. am 20. Januar 1880 zu Ronneburg. (15. 1904 Ronneburg).

Exstirpation wurde:
Buch-Nr. 2.182 295, lautend auf den Dreher Walter Renzsch, geb. am 15. Februar 1897 zu Jelsitz, eingetreten 28. Oktober 1913 in Altenburg. (Altenburg.)

Das Mitgliedsbuch des Arbeiters Albert Koch, geb. am 1. April 1889 zu Wolfenbüttel, eingetreten 14. April 1907 in Wolfenbüttel. (Wolfenbüttel.)

Buch-Nr. 2.008 770, lautend auf den Hilfsarbeiter Christian Kemmer, geb. am 22. Dezember 1885 zu Dersendingen. (Lüdingen.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adreßstraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adreßstraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Aufsehlern nach Dortmund („Gildhaus“, Joh. G. Niebach) D.; von Bronzearbeitern und Metallgebern nach Herbrück (Firma Gustav Lepper i. Fürth, Betrieb Herbrück) N.; von Drahtarbeitern und Radlern nach Hannover, St.; von Drahtgebern nach Wismar (Firma Wismarsche Drahtwerke B. Müller) D.; von Brückern nach Ziel (Holland) (Firma Kurz & Co.) N.; von Elektromotoren nach Dortmund (Firma „Gildhaus“, Joh. Hugo Niebach) D.; nach Krefeld, St.; nach Schermer, L.; von Seitenarbeitern und Seitenarbeiterinnen nach Hamburg (Firma W. Menge) L.; nach Mülheim a. Ruhr (Firma G. Gering) D.; von Formern, Gießereiarbeitern u. Ausrüstern nach Herbrück (Firma Bubbe & Göhbe) St.; nach Freising in Bayern (Firma Schuler) St.; nach Haspe i. B. (Firma Ademann) St.; nach Kreuznach D.; nach Reilmann (Gehr. Wierberg, Maschinenfabrik) N.; nach Oberburg, Kanton Bern, Schweiz, D.; nach St. Georgen im Schwarzwald (Höhle, Patentes & Co.) N.; nach Warstein (Schwarzer Gruben- und Hüttenwerke) D.; nach Weiden i. B. (Firma Niebach) St.; nach Zwidau (Zwidauer Gußwerke, Fabrik Emil Selbmann) D.; von Stahl- und Eisenarbeitern nach Gießen (Firma G. Gering Silberwarenfabrik) D.;

von Gärtnern nach Ziel (Holland) (Firma Kurz & Co.) N.; von Klempnern, Fasskalkatoren und Rohrlegern nach Bamberg, St.; nach Braunschweig, St.; nach Weisach in Baden (Firma Keller, Daboeffabrik); nach Frankfurt a. M., L.; nach Heilbronn, St., Sigen, St.; nach Kaiserlautern, St.; nach Karlsruhe, D.; nach Köln, L.; nach Plauen (Firma Schuster); von Metallarbeitern aller Branchen nach Bitterfeld (Luftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H.) St.; nach Breslau (Kintz-Hofmann-Werke) St.; nach Darmstadt (Firma Arb. Kobbeg, Dampfseiff., U. G.) St.; nach Frankfurt a. O. (Firma Kühn, Eisenkonstruktionswerkstätte) St.; nach Gera (Firma Lohd); nach Göttingen (Firma Speiser) D.; nach Greiz (Firma Strauß & Warr) D.; nach Groß-Auheim b. Hanau (Firma Franzen) D.; nach Großenhain (Firma Werner, Blechwarenfabrik) L.; nach Leipzig-Gutitzsch (Firma Röth und Siemens-Werke) D.; nach München (Kugelmühl-Reutter & Co. und Febeaswerke) St.; nach Stuttgart (Kugelmühl-Reutter & Co. und Febeaswerke) St.; nach Stuttgart-Gannstatt (Kugelmühl-Reutter & Co.) v. St.; von Schlossern nach Aken a. d. E. (Firma B. Bischoff) St.; nach Karlsruhe (Wauschloffer) L.; nach Magdeburg (Wauschloffer) L.; von Schmieden nach Aken a. d. E. (Firma B. Bischoff) St.; nach Stuttgart und Gannstatt (Kugelmühl-Reutter & Co. und Febeaswerke, St. und Aker) v. St.; von Schraubendrehern nach Friedlingen bei Basel (Firma Giffinger, Sutter & Fahr, Uhrenschraubenfabrik) N.; von Waffenarbeitern aller Art nach Solingen, St.; von Werkzeugfloßern nach Göttingen (Firma E. Mehle, Briefordnerfabrik) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; N.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; A.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. f. w.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Klasse in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzuempfangen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Elektromotoren.

Freiburg i. Breisgau. Es muß einmal an dieser Stelle über Mißstände gesprochen werden, die sich hier in unserm Beruf immer mehr anhäufen. Bis vor zwei Jahren hatten die Elektromotoren nach Ansicht gewisser Leute überhaupt „keine Existenzberechtigung“, ein Streit von 1912 hat jedoch hierin Wandel geschaffen. Daß eine Regelung der Lohnverhältnisse damals notwendig war, zeigt die Durchschnittslöhne, die 35 bis 40 % betragen, mit über 50 % gab es keinen Arbeiter. Auch die Montagezulagen wurden geregelt und in etner Weise, womit jeder Betetigte zufrieden sein konnte. Eine Zeitung hatte es den Anschein, daß die Unternehmer ihre unterschätzlichen Verprechungen auch halten würden. Aber wie steht es heute auf diesem Gebiet aus? Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden: die Freiburger Installationsfirmen zahlen heute die niedrigsten Löhne in der Metallindustrie am Platz, von den übrigen badischen Städten wollen wir gar nicht reden, weil jeder Vergleich fehl schlägt. So wie die Firmen die Löhne nach und nach wieder herunterschrauben, machen sie es auch mit der Zulage. An jedem Platz, wo irgend eine nennenswerte Arbeit gemacht wird, entsteht ein Bauverein, von wo aus dann die Leute ohne Zulage eingestellt werden. Kommt es vor, daß an einem solchen Platz Kollegen mit einer bestimmten Zulage nach in Arbeit gehen, so müssen sie auf die Zulage verzichten oder die Arbeitsstelle verlassen. Auf diese Art versucht man nicht, die Zulagen ganz obzulassen. Bei der Einstellung von Hilfsmotoren wird ebenfalls nur nach deren Billigkeit gesehen; früher hat man dazu meist gelernte Berufsarbeiter vorgezogen, heute sind es mehr Gartenarbeiter, Kutscher und Auskäufer. Wenn sie nur billig arbeiten, mit der Zeit sollen sie die gelernten Arbeiter ersetzen. Im Lehrlingswesen bestehen ebenfalls traurige Zustände. Will ein der Schule entlassener Junge das Gewerbe wirklich erlernen, so verlangt es die heutige Sitte, daß er drei Jahre lang lernen muß. Dabei bekommt der Junge in den ersten drei Jahren gar keine oder nur sehr wenig Vergütung. Auch muß zum Teil noch Lehrgeld bezahlt werden. Sind dann die vier Jahre herum, so hat er in den allermeisten Fällen nur gelernt, wie man eine Arbeit nicht machen soll. Daß die Rundschiff, die sich durch Unterschritt vertraglich an eine Firma verpflichtet hat, mitunter die Arbeiten von solchen Arbeitern ausführt erhält, die vom Geschäft sehr wenig verstehen, wird der Auftraggeber höchst selten erfahren. Vielleicht kommen auch einmal die selbständigen Kutscher, die dem Wettbewerb der Autos weichen müssen, dazu, daß sie Installationsgeschäfte eröffnen, dann werden es die verschlechten Firmen erst einsehen lernen, was sie angerichtet haben. Wir halten es nun für unsere Pflicht, den auswärtigen Kollegen, die vorhaben, nach der schönen Breisgauwerke zu gehen, zu raten, lieber dort zu bleiben, wo höhere Löhne und billigeren Wohnungsverhältnisse bestehen als hier. Viele Kollegen haben seit drei Jahren einsehen gelernt, daß nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Leider gibt es aber noch eine gleichgültige Sorte von Menschen, die das nicht verstehen und begreifen wollen.

Former.

Borna b. Leipzig. Was sich selbst bankrotte Unternehmer erlauben! Bei der in Borna sitzenden Firma Weltermann in Borna bei Leipzig haben die Former das Arbeitsverhältnis gelöst. Anlaß dazu war, daß der frühere Inhaber der Firma — jetzt Betriebsleiter der Konsumverwaltung — die Arbeiterauschussmitglieder als erste entlassen wollte, die die Angelegenheiten ihrer Mitarbeiter bei der Konsumverwaltung und dem Kundengericht betreffen haben. Die Arbeiter sind der Meinung, daß, wenn ihre Entlassung erfolgen muß, nicht zuerst ihre Vertreter entlassen werden sollen. Wochenlang vor dem Konkurs war es den Arbeitern nur unter erschwerten Umständen möglich, nach den Zahlungen einen Teil ihres verdienten Lohnes ratenweise zu bekommen. Ihren gesamten Lohn konnten sie trotz zäher und energischer Vorgehen nicht erlangen. Jetzt haben 34 Arbeiter eine Forderung von rund 782 M. für rückständigen Lohn an die Konsumverwaltung. Aber nicht genug damit, daß die Arbeiter wochenlang auf ihren verdienten Lohn warten müssen — ob sie ihn überhaupt ganz erhalten, ist noch fraglich —, der bankrotte Herr Weltermann hat als Betriebsleiter der Konsumverwaltung auch noch den traurigen Post, eheliche Arbeiter zu beschlagnahmen. Den Formern sagte er: „Ich schmeiß noch die ganze Hände raus!“ Darauf lösten die Former das Arbeitsverhältnis. Jetzt werden Former und Hilfsarbeiter für den bankrotten Betrieb durch auswärtige häßliche Arbeitsnachweise gesucht. Vielleicht erarbeiten sich die Eingezackten und bringen den Betrieb wieder in die „Göh“.

Metallarbeiter.

Berlin. Die letzte Verwaltungsstelle hielt am 8. Juni ihre gut besuchte Generalversammlung für das erste Quartal 1914 ab. Dem Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß im ersten Quartal 1914 889 117 Beiträge zu 70 %, 106 657 Beiträge zu 30 % und 5865 Beiträge zu 10 % geleistet wurden. Die Gesamtsumme betrug in der Hauptkassa mit einem Kassenbestand von 376 M. 245 111,96 M. Ausgaben der Hauptkassa waren unter anderem: Unterhaltung der Arbeitslosigkeit 445 277,20 M., Kranhilfe 201 291,50 M., Krankkassen 42 540,00 M., Arbeitslosenunterstützung 20 028,10 M., bei Kassenständen 4385 M., Hinterbüchsenunterstützung 6450 M., Umgang-

unterstützung 1195 M., Reiseunterstützung 3740 M., Rechtschutz 4306,03 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen mit einem Kassenbestand am 1. Januar 1914 von 1 562 323,63 M. 1 860 431,04 M. Unter den Ausgaben der Lokalkasse befinden sich folgende Posten: Arbeitslosenunterstützung 100 551,85 M., Streikunterstützung 42 682,95 M., Genesungsgeldunterstützung 8231,50 M., Unterstützung bei besonderen Notfällen 3550 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am Schluß des Quartals 1 393 092,36 M. Einwendungen gegen den Kassenbericht wurden nicht erhoben, dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf die Erziehung für zwei im März dieses Jahres verlorbene Angestellte. In der letzten Generalversammlung war eine Kommission gewählt, die statutengemäß die Vorbereitungen zur Wahl zu erledigen hatte. Die Kommission, in deren Namen S i e r i n g berichtete, schlug aus der großen Zahl der Kollegen, die sich demorben hatten, sechs zur Auswahl vor, von denen dann die Mitglieder bei der Urwahl die zwei geeignet erscheinenden auszuwählen können. Die Generalversammlung stimmte dem Vorschlag der Kommission zu. Ein weiterer Punkt war die Erledigung der eingelaufenen Anträge und eines Antrages auf Einführung der Hauskassierung, der in der letzten Generalversammlung unerledigt geblieben war. Der Antrag auf Einführung der Hauskassierung war vom Bezirk Moabit gestellt und er wurde auch von einem Vertrauensmann dieses Bezirks begründet. Der Kollege führte kurz gedrängt nochmals alle Gründe vor, die seinerzeit schon einmal der Generalversammlung zur Bestätigung der Hauskassierung unterbreitet waren. Die Generalversammlung beschloß mit überwältigender Majorität die Einführung der Hauskassierung. (Von mehr als 2000 Anwesenden haben etwa 150 gegen die Hauskassierung gestimmt.) Des weiteren wurde aber noch beschlossen, bei der Wichtigkeit der Angelegenheit die Frage endgültig den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Auch wurde der Beschluß gefaßt, daß, um in Bezirks-, Betriebs- und Branchenversammlungen den Mitgliedern vor der Urabstimmung ausreichend Gelegenheit zu geben, sich über die Frage der Hauskassierung auf das genaueste zu unterrichten, die Urabstimmung erst in etwa 4 Wochen erfolgen soll. Mit der Abstimmung über die Hauskassierung soll auch die endgültige Wahl der Beamten vorgenommen werden. Der zur Generalversammlung neu eingebrachte Antrag betraf gleichfalls die Beitragskassierung und war mit dem Beschluß auf Einführung der Hauskassierung erledigt.

Bruchsal. Die Bruchsaler Maschinenfabrik A.-G. vormals Schnabel & Senig hat für ihre Aktionäre ein glänzendes Jahr geschäftlicher Entwicklung hinter sich. Ohne daß die Arbeiterzahl sich steigerte, vermehrte sich der Gewinn um 350 000 M. auf 1 651 676 M. Statt „nur“ 20 erhalten die Aktionäre diesmal für ihre schwere Arbeit 25 Prozent Dividende. Die Aktionäre haben also alle Ursache, recht zufrieden mit dem abgelaufenen Jahre zu sein. Nicht so die Arbeiterchaft. Während die Unternehmer der Firma Reichtum sammeln, sind die Arbeiter in der Fabrik unermüdlich tätig, das Los der Arbeiterchaft immer untröstlicher zu gestalten. In dieser Fabrik, die jährlich aus ein paar hundert Arbeitern Millionengewinne herausschlägt, vergeht kein Tag, wo nicht Lohnabzüge vorkommen. An Duenden von Monaten wurde erst wieder in den letzten Wochen abgezogen. Ohne Rücksicht auf den Arbeiter kommen 30, 40, 50, 60 und mehr Prozent zum Abzug. Wo früher für 100 Teile 1,50 M. bezahlt wurde, gibt es jetzt nur noch 50 %. Beschwerden bei den Vorgesetzten führen zu keinem Erfolge. Die Meister erklären oft, daß sie selbst einsehen, die Arbeit sei nicht mehr richtig zu den herabgesetzten Preisen zu machen, allein sie können daran nichts ändern. So tröstlos steht es in einem Betriebe aus, der in der Hauptkassa für den S i e r i n g arbeitet. So werden die Arbeiter behandelt, deren Gewissenhaftigkeit wir im Eisenbahnbereich unser Leben anbetrauen. Wenige heimlich unermessliche Reichtümer ein und die Meisten, die die Profite schaffen, werden durch soziologische Maßregeln „behalten“. Noch ein Bild wollen wir von diesem Betriebe zeichnen. Es gibt in diesem Dorado heute noch verheiratete Leute, die täglich schwer arbeiten müssen und nicht mehr als 3 M. bis 3,30 M. den Tag verdienen. Wir können nicht unterfragen, ob die Aktionäre davon Kenntnis haben, daß viele von denen, die die Millionen schaffen, am Hungertuche nagen müssen. Drei Mark täglich reicht für einen Streik zum Gelingen, aber zum Leben mit einer Familie ist es entschieden zu wenig. Der Direktor der Fabrik ist selbst ein schwerreicher Herr, er kennt die Verhältnisse in seinem Betriebe sehr genau, aber um Abstellung der geschuldeten Mißstände ist er nicht besorgt. Ein Brief der Organisation, der große Mißstände zu seiner Kenntnis brachte und auf die ersprechend niedrigen Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter aufmerksam machte, blieb ohne Antwort. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Firma die geschuldeten Verhältnisse befreit, aber auch, daß sich alle Arbeiter der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anschließen.

Düsseldorf. Immer schlechter werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei G e b r. J a d e n (Züchtungsfabrik). Im Jahre 1912 brach auf dem Werk ein Streit aus, der ungünstig verlief. Nach seiner Beendigung suchte die Firma die Organisation zu unterdrücken und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu herabsetzen. In dem Werk besteht angeblich die zehnjährige Arbeitszeit, in Wirklichkeit wird aber, mit Ausnahme bei den Schmiedern, 11 Stunden gearbeitet. Als im Jahre 1912 die Arbeiter Vorschläge zur Regelung der Arbeitszeit machten und eine Kommission wählten, wurde diese, unter der Leitung des Fabrikleiters, der 15 Jahre im Werk arbeiteten, einfach auf die Straße geworfen. Daraufhin brach der Streit aus. Während nun ein beträchtlicher Teil der Düsseldorf Metallarbeiter 9 bis 9 1/2 Stunden täglich arbeitet, müssen die übrigen Arbeiter immer noch 11 Stunden arbeiten. Herr Hubert Jaden, der Direktor des Werks, hat schon oft behauptet, daß er deshalb 11 Stunden arbeiten lasse, damit die Arbeiter Geld verdienen. In Wirklichkeit läßt er aber 11 Stunden arbeiten, damit er selbst Geld verdient, denn die Arbeiter bekommen anderswo für 9 1/2 Stunden mehr Lohn als bei Jaden in 11. Aus diesem Grunde herrscht auch ein großer Wechsel der Arbeiterchaft des Betriebes. Die Metallarbeiter, die 1912 mitwirkten, sind heute noch nicht erlosch. Auch in der Gießerei geht es ein und aus. Dort werden sehr niedrige Löhne bezahlt. Der Meister Müller aus Weibert holte zunächst unter hohen Versprechungen Former und Kennmacher aus Weibert. Als diese sahen, daß nichts verdient wurde, gingen sie ihrer Wege. Erst kürzlich versprach Müller den Kennmachern in Weibert 60 bis 65 %, in der Fabrik erlöste er jedoch, mehr als 85 %, gibt's nicht. Auch niedrige Arbeitspreise werden bezahlt. Ein verheirateter Former verdient in zwei Tagen 2,95 M. und ging darauf seiner Wege. Ein junger Former von 18 Jahren verdient in vierzehn Tagen 19 M., zwei andere verdienen in 1 1/2 Tagen 1,30 M. und 1,80 M. Natürlich dankten sie dann und zogen ab. Aus Weibert bekommt die Firma nun keine Former und Kennmacher mehr. Wir empfehlen den Kollegen Vorsicht, wenn die Firma an anderen Orten ihr Glück versuchen sollte. Es wird auch auf die organisierten Arbeiter ein harter Druck ausgeübt, so daß schon aus diesem Grunde jeder Kollege wissen muß, wie er sich zu verhalten hat.

Stuttgart. Eine Unternehmerrückführung. Während des Kampfes bei der Firma Robert Bosch wurde in einem Artikel der Schwäbischen Tagwacht und der Metallarbeiter-Zeitung auch darauf verwiesen, daß Bosch auf jeden Fall beschlagnahmt werden, eine gelbe Gewerkschaft zu gründen. Darauf erhielten in den übergangenen Blättern von Stuttgart eine Erklärung, an deren Schluß es zum Teil in Fettdruck hieß: „Auf den gefürchten Tagwacht-Artikel ist, daß ich eine vernünftige geleitete Arbeiterorganisation für gut und zweckmäßig halte, daß ich aber allerdings das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seit längerer Zeit für verwerflich ansehe. Die Bildung einer gelben Gewerkschaft wird weder von mir noch meinen Beamten unterstützt, ich werde also auch keine Mittel dazu beisteuern.“ Stuttgart, den 15. Juli 1913. Robert Bosch.“ Heute schreiben wir den 16. Juni 1914, also fast genau ein Jahr später, und da stellen wir folgendes fest: Am 4. Juni dieses Jahres tagte in der Fabrik eine Versammlung der nichtorganisierten Hilfsarbeiter, deren Enderufer und Hauptredner der führende „Hilfsarbeiter“ Robert Bosch selbst war. Die Versammlung hatte den Zweck, Stellung zu nehmen zur Gründung eines „S p a r k a s s e n b a n d e s“.

Bei den Wahlen wurden die bisherigen angestellten Vorstandsmitglieder und der Redaktionsleiter wiedergewählt. Als Obmann des Ausschusses wurde Becker (Hamburg) bestimmt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstags beendet. Der nächste tagt 1916 in Düsseldorf.

Zum Taylorsystem in Deutschland.

Wie die Weimarer Volkszeitung in ihrer Nr. 131 vom 9. Juni berichtet, hat der Regierungsrat Selzer in den Jahren 1914 und 1915 rechtswissenschaftlichen Fortbildungskursen einen Vortrag über das Taylorsystem gehalten. Der Redner hat sich fünf Jahre lang in zwei Betrieben mit der Einführung des Systems beschäftigt. In dem nun vorliegenden Bericht übergeben wir das, was wir bei unseren Lesern als bekannt voraussetzen dürfen und geben nur das wieder, was für diese am wichtigsten ist.

Nach Selzer ist das Taylorsystem im ganzen für deutsche Verhältnisse zu hart, weil Taylor den kräftigsten, gesündesten und fleißigsten Arbeiter herausucht, um dessen Arbeitsleistung „wissenschaftlich“ zu durchdringen. So hat er unter den so oft erwähnten 75 Arbeiterberatern des amerikanischen Bethlehemstahlwerks nur einen gefunden, der seinen Voraussetzungen entsprach. Solche hohe Forderungen dürfe man nur an die Arbeiter stellen, wenn — wie in Amerika — ein übergroßes Angebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Auch erfordert das System, genau nach den Wünschen Taylors durchgeführt, eine zu große Belastung des Betriebes, vor allem eine zu große Beamtenschaft. Bei Taylor kommt schon ein Beamter auf drei Arbeiter, während man in Deutschland durchschnittlich schon mit einem Beamten auf zwölf Arbeiter auskommt. Es seien auch in Amerika nur kleinere Betriebe, die das System eingeführt haben und im ganzen arbeiten noch immer erst 70 000 Mann danach.

In Deutschland sei die Einführung besonders schwierig, weil dem System das besonders ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl der Arbeiter im Wege stehe und weil die Gewerkschaftsführer dort „fortgesetztes Mißtrauen zwischen die Arbeiter säen“. Das Schlimmste sei die Eingetragene der verschiedenen Richtungen unter den Gewerkschaften in diesem Falle. Nur die wirtschaftsfriedlichen Organisationen machen eine Ausnahme. Die anderen Verbände stehen sich zur Wehr, indem sie das Taylorsystem 1911 im Pittsburg-Stahlwerk die Arbeiterorganisation vernichtet habe.

Wichtig fällt es sein, daß das System die Arbeit geistige. Die Gegner versehen sich nach Selzer in die Rolle des Arbeiters, der nach dem System nur noch angeleitete Handgriffe in ununterbrochener Reihenfolge zu verrichten hat. Sie stellen sich dies als einformig, gefühllos, wohl gar verstümmend vor. Der Arbeiter stehe doch nicht „auf einem so hohen geistigen Niveau, daß er dies so empfindet“. (Hat der Mann eine Ahnung! Reb.)

Die Einführung in Deutschland müsse ganz sachte geschehen. Selzer empfiehlt den Unternehmern, die Stoppuhr nur wenig und unauffällig anzuwenden. Auch müsse man während des Ueberganges zu dem System die Zeiten nicht so genau festlegen; dies werde den Widerstand verringern. Die Beobachtungen seien im Bureau aufzuschreiben, nicht beim Arbeiter. Jeder Arbeiter sei einzeln aufzufahren, daß er mehr verdient. Auf diese Weise könne man dem von den Gewerkschaftsführern gesäten Mißtrauen entgegenwirken. Auch werde der Arbeiter stolz darauf, daß man sich um jeden einzelnen von ihnen bemühe. (Hat der Mann eine Ahnung! Reb.) Man solle ihm, wenn notwendig, versprechen, die Arbeitszeit nicht zu kürzen, solange die Betriebsweise keine Veränderung erfordert. Auch wenn der Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Arbeitskraft drucklos arbeite, solle man die Preise nicht kürzen. Man solle ferner nicht in den Fehler Taylor's verfallen, die Leistung außerordentlich beanlagter Menschen zum Maßstab zu nehmen, sondern die eines Durchschnittsarbeiters, denn die anderen werde man wegen des Solidaritätsgefühls nicht in genügender Menge finden.

Soweit der Regierungsrat Selzer. Wir glauben, daß in diesen Betrieben schon seinen Ansichten entsprechend gearbeitet wird, wenigstens soweit es sich um die heimliche Beobachtung der Arbeiter handelt. Darum ist es um so wichtiger für unsere Kollegen, auf der Hut zu sein. Auch ist es sehr notwendig, daß die Kollegen, die nach dem Taylorsystem arbeiten müssen, ihre Erfahrungen damit kundgeben. Geschrieben wird viel über das Taylorsystem, aber leider nicht von den davon betroffenen Arbeitern. Wenn der Bericht der Weimarer Volkszeitung in allem zutrifft, so kennzeichnet der Herr Regierungsrat sich mit seiner Bemerkung über das „geistige Niveau“ des Arbeiters selber. Danach scheint der Herr die Arbeiter nur für eine Art Kulturbücker, für Wesen ohne geistige Bestrebungen zu halten, an denen auch geistfördernde Arbeit nichts verderben kann. Ein netter Arbeiterfreund.

Deutsche Unternehmer, wie wird Euch?

In Nr. 154 der Frankfurter Zeitung vom 5. Juni 1914 befindet sich folgende Notiz:

„Zwei Ruhetage in der Woche. Aus London wird uns geschrieben: Wenn in Deutschland von Verkürzungen der Geschäfts- und Arbeitszeiten in England berichtet wird, so wenden Gegner dieser Methode manchmal ein, daß John Bull zu behäbig leben möchte. Wie nun aber, wenn die Nachricht von einer einschneidenden Beschränkung der Arbeitszeit, wie man sie noch nirgendwo anders kennt, aus Amerika zu uns herüberkommt, aus dem Lande der harten Arbeit, des häufigen Geldverdienens, der Jagd nach dem Dollar, rafflos und atemlos, wie man sich diese Jagd vorstellt? Da muß doch etwas anderes hinter der Verkürzung der Arbeitszeit stehen als die Lust nach Bequemlichkeit. Und in der Tat sieht man sowohl in England wie auch in Amerika etwas anderes darin. Das Neue, das uns aus Amerika in dieser Beziehung gemeldet wird, ist die Einrichtung von zwei zusammenhängenden Ruhetagen in der Woche, Samstag und Sonntag. Im Versuch ist sie schon lange bekannt, denn in beiden Ländern, in England und in Amerika, sind die Schulen von Freitag mittag oder nachmittag bis Montag früh geschlossen. Die Geschäftswelt ging aber bisher noch nicht so weit, man arbeitete 1/2 Tage in der Woche. In England schließen Bureaus, Großgeschäfte und bessere Detailgeschäfte am Samstag mittag, der Rest Detailgeschäfte an einem andern Wochentag um 1 Uhr. Nachdem man dieses lange Zeit freiwillig zur Übung erhoben hatte, ist es neuerdings durch Gesetz festgelegt worden. In Amerika aber ist man jetzt in freiwilliger Beschränkung der Arbeitszeit noch weitergegangen. Die großen Warenhäuser in New York haben eine Vereinbarung untereinander getroffen, während der heißen Monate Juli und August die Geschäfte am Samstag überhaupt nicht zu öffnen und so den Angestellten zwei volle zusammenhängende Ruhetage zu verschaffen. Das Haus John Wanamaker, bekannt und berühmt als Pionier des Warenhaus-Systems, hat auch mit dieser Einrichtung wieder Pionierdienste geleistet, denn noch bevor die erwähnte Vereinbarung zustande kam, hatte diese Firma bereits die zwei Ruhetage für die Einkäufer, das sind rund 12 000 Angestellte beschäftigt, eingeführt. Nach Meinung der Leiter des Unternehmens macht sich die Einrichtung gut bezahlt. Der Ausfall, der durch den Samstagsschluß entsteht, so konstatieren sie, wird reichlich wettgemacht durch die vergrößerte Arbeitsfähigkeit und Arbeitsreue der Angestellten während der fünf Arbeitstage. Durch das jetzige Uebereinkommen zwischen den führenden Häusern wird nunmehr etwa 50 000 Angestellte in New York die Wohlfahrt der zwei Ruhetage zuteil werden, doch vergrößert sich die Zahl fortgesetzt, da immer mehr Firmen der Vereinbarung beitreten.

Wenn nun die gewählte Geschäftsweise jenseits des Kanals und des Ozeans in der Verkürzung der Arbeitszeiten ihren Vorteil erweist, sollte es sich dann nicht auch für die deutsche Geschäftsweise verlohnen, dem Gegenstande, schon allein von diesem Gesichtspunkt aus — ganz abgesehen von allen anderen Gesichtspunkten — etwas größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als es bisher geschehen ist? John Wanamaker, dieser „Selbstmörder“, ist nicht der letzte, der uns andeuten wie reinen Profitgründen eine beratige Forderung der Arbeitszeit vorgeht. Wenn aber die Kürzung der Arbeitszeit ihm

Vorteile bringt, dann fragt er den Teufel danach, ob anderen die Sache gefällt oder nicht. Er macht eine jaige Sache aber auch, trotzdem sein Vorteil auch den Arbeitern seines Geschäftes Vorteile bringt. Der Deutschen Arbeiter-Zeitung, die ja wiederholt „die schlechten amerikanischen Verhältnisse“ gegen die guten deutschen Zustände auszuspielen versucht, empfehlen wir, zur Belehrung ihrer Leser auch diese Erfahrungen eines gewitzten Geschäftsmannes nicht vorzuenthalten, vielmehr steht der eine oder andere ihrer Bezahler doch ein, daß die Amerikaner ihm über sich im Begreifen dessen, was keine Rücksichtbarkeit ist.

Zur Ernährung der Arbeiterschaft.

Wir erhielten folgende Zuschrift: Der Zentralverein für das Wohl der Arbeiter hat beschlossen, die Frage der zweckmäßigen Organisation der Ernährung der Arbeiterschaft in einer Konferenz zu erörtern. Die Wichtigkeit dieser Frage braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden in einer Zeit, wo die Preise für Lebensmittel besonders hoch sind.

Nachdem bereits eine besondere Kommission für die Beschaffung von orientierenden Unterlagen tätig gewesen ist, hat man beschlossen, zunächst eine Denkschrift über den Stand der Arbeiterernährungsfrage zu veröffentlichen und sodann im Herbst dieses Jahres in Berlin-Charlottenburg in der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohl eine Konferenz über Arbeiterernährung zu veranstalten. Diese Konferenz soll sich vor allem mit den gemeinnützigen, genossenschaftlichen und industriellen Einrichtungen, die zur Verbesserung und Verbilligung der Arbeiterernährung in Groß- und Industriestädten, in Industrie-, Staats- und Gemeindebetrieben bisher geschaffen worden sind, beschäftigen. Im Anschluß an den einleitenden Vortrag eines Physiologen über die Grundtatsachen der Arbeiterernährung, wie sie ist und wie sie sein sollte, werden die wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Fragen der bestehenden Maßnahmen zu Lebensmitteln, der Massenflächen und Kantinen zc. auf Grund einer großen praktischen Stoffsammlung und der vorerwähnten Denkschrift behandelt und zur Erörterung gestellt werden. Die Teilnahme an der Konferenz steht allen Kreisen der Industrie und der Arbeiterschaft, sowie den Vertretern der öffentlichen Verwaltungen, der Konsumvereine, der Volkshilfsstellen zc. offen.

Die Geldgeber eines gelben Blattes.

Eine niedliche Geschichte hat die Magdeburger Volksstimme anzunehmen gebracht. Vor einigen Wochen teilte sie mit, daß eine dort erscheinende gelbe Tageszeitung von einer Anzahl Magdeburger Großindustrieller angekauft worden sei. Das gelbe Blatt legnete dies mit großer Dreistigkeit ab. Nunmehr kam die Volksstimme dem gelben Papier aber etwas deutlicher und brachte in ihrer Nr. 133 vom 11. Juni folgendes:

„Das Blatt gehörte bis März dieses Jahres zum Druckerbetrieb Leistner & Drewns. Dieser Betrieb einschließlich der Zeitung wurde im März für 109 000 M. von einer neugebildeten Gesellschaft übernommen, die sich „Sagonia Drucker Leistner & Drewns G. m. b. H.“ nennt. Geschäftsführer ist der bisherige Abteilungsleiter des Kupfer-Grusonwerks, Kaufmann G. Köhler, geworden. Die Gesellschaft ist:

Table with 2 columns: Name of contributor and amount. Includes Friedrich Krupp-Grusonwerk mit 30000 M., Eisenhüttenwerk Thale mit 20000 M., Schäffer & Rubenberg mit 15000 M., R. Wolf mit 10000 M., D. Schiering, Magdeburg mit 10000 M., Maschinenfabrik Buxau mit 5000 M., A. W. Alendorff mit 4000 M., Wils. Buchmerdt mit 3000 M., Gewerkschaft Buxau, Bendorff mit 3000 M., Bolte mit 3000 M., Otto Gruson mit 2000 M., C. Untsch & Co. mit 2000 M., G. H. Blume mit 1000 M., Kurt v. Alten, Polizeipräsident von Magdeburg mit 1000 M. Zusammen 109000 M.

Diese Liste muß man kennen, um jenes Zirkular richtig würdigen zu können, das seinerzeit an die Beamten einiger der genannten Firmen verschickt wurde, diese zum Abonnement auffordernd. Es enthielt den Satz: ... sie (die Tageszeitung) tritt für die materielle Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage aller Beamten und Arbeiter ein. ... So sieht es aus! Haben die Empfänger gedacht. Sie wußten, daß auch bei dieser Ankündigung das Gegenteil des Geschriebenen der Wahrheit entspricht. Wollten die Firmen die wirtschaftliche Lage jener Schichten bessern, dann könnten sie das in bequemerer Weise, brauchen ihr Geld weder für gelbe Vereine, noch für ein solches Zeitungsunternehmen auszugeben. Nein, sie wollen nicht helfen, sondern verschlechtern, noch rücksichtsloser als bisher Beamte und Arbeiter ausnutzen. Dazu sind ihnen gelbe Vereine und gelbe Zeitung die Mittel, und das in diese gesteckte Geld wollen sie mit Wucherzinsen zurückholen.

Die genannten Unternehmer Arm in Arm mit dem Polizeipräsidenten, das Bild zeigt ja wohl auch dem Einfältigsten besser als Zeitungsartikel und Versammlungsreden, was mit der neuen G. m. b. H. und ihrer Zeitung erreicht werden soll.

Selber Bundestag.

Der Bund deutscher Werkvereine, die „bedeutendste Gruppe der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen“, hielt am 23. Mai in Saarbrücken seinen vierten Bundestag. Für uns ist nur beachtenswert, was diese Herrschaften über den Streik gesagt haben. Dieser sei nach dem § 152 der Gewerbeordnung erlaubt und auch die Werkvereine wollten nicht grundsätzlich darauf verzichten. Der Streik sei für die Werkvereine aber nur von untergeordnetem Werte und deshalb verzichteten sie auch darauf, Streiklisten anzulegen. Der Widerspruch, der in dieser Stellungnahme liegt, kann nicht treffender gekennzeichnet werden, als mit dem, was die Bundesleitung laut Bericht der gelben Deutschen Arbeitsmacht (Nr. 23 vom 30. Mai) selber dazu sagte. Da heißt es:

„Der Werkverein — ist nach unserer Auffassung seinem ganzen Wesen nach nicht geeignet, einen Streik zu führen und eine Streikliste anzulegen. Der nur für die Arbeit nach der wirtschaftsfriedlichen Methode geschaffene Werkverein muß von selbst zurückfallen in dem Augenblick, wo die Notwendigkeit eines Streiks auf dem Werke durch von dem Verein nicht mehr von der Hand zu weisen werden könnte. Diese Möglichkeit ist indes in der Praxis gleich Null, denn schon heute gibt es einen Kampf der Werkvereine gegen ihre Arbeitgeber überhaupt nicht, sondern nur ein Verhandeln zwischen den Beteiligten. Aus diesem Grunde kann der Bund deutscher Werkvereine die Erklärung des Berliner Kartells, Streiklisten gründen zu wollen, nur als eine dem Werkvereinsgedanken nicht entsprechende Spielerei mit dem Streikgedanken betrachten, die das Berliner Kartell für sich zu weiter ausüben kann, aber nicht von den übrigen Werkvereinen verlangt darf.“

Es ist also nur ein lächerliches Geschwätz, zu sagen, die Werkvereine verzichten nicht grundsätzlich auf den Streik. Eine leichtfertige Unterstellung ist es aber, wenn — geradezu oder verblümt — von den anderen Arbeiterorganisationen gesagt wird, sie seien nur um des Streikens willen da. Jeder Arbeiter ohne Ausnahme muß mit dem Unternehmer lieber friedlich zu verhandeln als zu streiken. Wenn man es bei den gelben Machern mit Leuten zu tun hätte, die ernsthaft zu ihren Worten stehen, so wären ihre ganzen wirtschaftsorganisatorischen Überflüsse. Sie sind und bleiben darum trotz aller Gegenbeteuerungen keine Organisations- und Schutz der Arbeiter, sondern zum Schutze der Unternehmer und der Unternehmerwürden sich hüten, sie zu fördern, wenn sie nicht von ihren Mitgliedern erwarteten, daß sie im Falle von Arbeitsrechtigkeiten der

Arbeiterschaft in den Rücken fallen. Damit stimmt auch genau der Beschluß des Bundestags überein, „eine Petition an den Reichstag zu richten, in der um gesetzliche Maßnahmen gegen den Streik und Boykott gebeten wird“.

Der Werkverein der Germaniawerkst. Kiel hatte beantragt, zur Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen. Er wurde aber schnell abgeturnt mit der kurzen Bemerkung, einer gesetzlichen allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung ständen sehr große Bedenken gegenüber, denn diese würde die Streikgewerkschaften, die längst schon eine ähnliche Einrichtung besäßen, entlasten. Auch die Aufbringung der Kosten würde Schwierigkeiten bereiten. Bekanntlich rechnet keine einzige Gewerkschaft darauf, durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung in den Stand gesetzt zu werden, auch nur einen Pfennig weniger Unterstützung zahlen zu müssen. Von einer Entlastung der Gewerkschaften kann also gar keine Rede sein. Man sieht aber, wie die Gelben bestrebt sind, der Arbeiterschaft alles vorzuenthalten, was auch nur etwas geeignet ist, ihr Los zu erleichtern. Und solche Leute behaupten, die einzig waren Arbeiterfreunde zu sein.

Daß die Herren Gelben behaupteten, „politisch neutral“ zu sein, daß sie aber trotzdem keine Gelegenheit vorübergehen ließen, über die Sozialdemokratie herzugreifen und sich nach dem Sprachgebrauch der Behörden mindestens ebenso sehr politisch zu betätigen, wie sich angeblich die Gewerkschaften betätigen und daß sie ferner bestreben, nach den Behörden nach wie vor unbeschäftigt bleiben lassen, das erwähnen wir hier nur zum Zeichen, daß wir es nicht übersehen.

Eine weitere, wenn auch ungewollte Kennzeichnung erfuhr nach der Bremer Bürger-Zeitung die Gelben durch ein Telegramm des Fabrikdirektors Ernst aus Dresden, das folgendermaßen lautet:

„Dem Bund deutscher Werkvereine sende ich zur heutigen Tagung meine besten Grüße mit dem besonderen Wunsche, daß die Verhandlungen den erhofften Verlauf nehmen mögen. Möchten sich die wirtschaftsfriedlichen Arbeiter nicht bewußt sein, daß sie dem Vaterlandsfeindlichen und damit arbeitserföndlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ein Paroli bieten sollen. Möge die hohe Bedeutung, die der vaterländischen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung zukommt, endlich allen Arbeitern klar werden, sowohl den der Sozialdemokratie durch Terrorismus Zugewandten, wie den durch die sozialdemokratische Frelchre Verleiteten. Was die Sozialdemokratie will, das hat sie kürzlich durch zwei ihrer Enghirnen wiederum deutlich zum Ausdruck gebracht: der eine, Siegfried, dichtete unserm deutschen Vaterland zur Freude des Auslandes und zum Schaden der deutschen Industrie einen Panamastandal an, der andere, Wendel, preist im Reichstag mit dem Rufe „Es lebe Frankreich“ unseren Erbfeind, an dessen Grenze heute der Bund deutscher Werkvereine tagt. Den Trumpf setzten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten drauf, indem sie beim Reichstagschluß beim Kaiser hoch durch Sichern ließen sich der Majestätsbeleidigung schuldig machten. Mit unserm Königshaus steht und fällt das Vaterland. Wieder die Sozialdemokratie, hoch die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung! Fabrikdirektor Ernst.“ Die Gelben haben diesen Beweis ihrer Schande bejubelt.

Vom Ausland.

Schweiz.

Die städtische Arbeitslosenversicherung in Zürich vom Großen Stadtrat einstimmig angenommen. Es ist ein sehr beachtenswerter Vorgang, daß fast unmittelbar auf die nahezu einstimmige Ablehnung der kantonalen Unterstützung der Arbeitslosenversicherung mit 75 000 M. jährlich durch die bayerische Reichsratskammer der Großen Stadtrat von Zürich, das mit seinen 200 000 Einwohnern die größte Stadt der Schweiz ist, einstimmig die Einführung der Arbeitslosenversicherung beschlossen hat, nachdem sich auch die 13-gliedrige Kommission des städtischen Parlaments einstimmig dafür erklärt hatte. Und wichtig ist ferner dabei, daß einer der Führer des ruppigen schweizerischen Baumeisterverbandes, Baumeister Krud, als Kommissionsberichterstatter einen recht gründlichen, alle Seiten der Arbeitslosenversicherung erfassenden jährlichen Bericht in der Sitzung des Großen Stadtrats vom 23. Mai erstattete und recht warm für die Annahme der Vorlage eintrat. Krud bemerkte, daß die Macht des Verhältnisses in den Industrieländern, besonders in den Städten, die Arbeitslosigkeit gezwungen hat, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges und der Saisonarbeitslosigkeit Tausende von unverdientem Arbeitslosen zu unterstützen. Mit reichlichem Material zeigte er den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten, die ein schweres Gebrechen der Gesellschaft ist, das in seinen Folgen zu mildern ihre Pflicht ist, wobei es sich aber nicht um Armenfürsorge handeln kann. Da die Arbeitslosigkeit hauptsächlich in den Großstädten auftritt, so ist es besonders deren Aufgabe, aber auch die des Staates, helfend einzugreifen. Der Berichterstatter erörterte sodann die gemeinlichen Arbeitsnachweise, die Notstandsarbeiten und die Arbeitslosenunterstützung. Das einzige, wirklich zweckmäßige Mittel ist die Arbeitslosenversicherung, die die Gewerkschaften einführen, aber auch verschiedene Gemeinden in der Schweiz und im Ausland, ebenso Staaten, namentlich England. Dabei bezeichnete Herr Krud als die beste Lösung die Zwangsversicherung, die indes nur schrittweise erreicht werden kann, so daß man erst die freiwillige einführen muß. Bei der Besprechung der Vorlage selbst wandte sich Krud besonders gegen die Einwände, die im Generalsystem eine Forderung der Gewerkschaften erbitten und es deshalb ablehnen. Er erklärte diesen Standpunkt für unerschütterlich, namentlich auch deshalb, weil die Gewerkschaften neben ihrem Kampfscharakter eine erhebliche kulturelle Bedeutung besitzen. „Und in dieser Mission kräftigen wir die Gewerkschaften, wenn wir sie fördern in der Aufgabe, ihren arbeitslosen Mitgliedern über die Fäden der Not hinwegzuhelfen. Die Kommission überzeugte sich anlässlich eines Besuches bei verschiedenen Gewerkschaftssekretariats, daß die geistigsten Gewerkschaften in ihrer Arbeitslosenversicherung eine musterhafte Ordnung halten.“

An der Vorlage des Kleinen Stadtrats, die wir seinerzeit in diesem Blatte besprochen haben, hat die Kommission keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen. Es bleibt also bei der Einführung des Generalsystems in Form der städtischen Unterstützung der gemeinlichen Arbeitslosenversicherung und der Errichtung einer eigenen freiwilligen städtischen Arbeitslosenversicherung für unorganisierte oder solche organisierte Arbeiter, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Unterstützt werden nur wirklich unverdientet Arbeitslose, also keine streikenden oder ausgeperrten Arbeiter zc. Der städtische Zuschuß an die Gewerkschaften kann bis zu 100 Prozent ihrer Leistung betragen, aber nicht mehr als 2 Franken täglich. Dafür müssen sich die Gewerkschaften die städtische Kontrolle ihrer Arbeitslosenlisten gefallen lassen. Ausbezahlt werden die städtischen Zuschüsse an die Gewerkschaften jedes Vierteljahr. Für die städtische Arbeitslosenversicherung sind Lohnklassen und entsprechend abgestufte Arbeitslosenunterstützung vorgelesen. Dem unterliegenden arbeitslosen Mitglied darf nicht zugemutet werden, in Betrieben, die die ortsüblichen Arbeitsbedingungen nicht einhalten, oder in denen Streik, Sperrung oder Ausperrung anhängig ist, Arbeit zu nehmen. Die Stadt übernimmt die Einrichtungs- und Verwaltungskosten der Arbeitslosenversicherung und deckt auch ein etwaiges Defizit. Diese Ausgaben werden auf 40 000 Franken jährlich berechnet, eine Summe, die die Stadt Zürich bisher schon jedes Jahr — einmal etwas weniger, aber auch mehr — für Arbeitslosenunterstützung in anderer Form (in Naturalien, Bezahlung der Wohnungsmiete für Arbeitslose zc.) ausgegeben hat. Später mag sie vielleicht etwas steigen und darum würde ein jährlicher Reiner 80 000 Fr. festgelegt werden, was jedoch abgelehnt wurde.

Schließlich fand die ganze Vorlage einstimmige Annahme, es stimmten also auch die ärgsten Reaktionäre und Arbeiterfeinde, die im Parlament der Stadt Zürich ebenso wie in anderen Parlamenten vertreten sind, dafür.

Nun folgt über die Verordnung noch die Vollstreckung der Stimmberechtigten der Stadt Zürich, die am 19. Juli stattfanden soll. Da alle Parteien einig sind, ist an der Annahme der Verfassungsänderung in der Volksabstimmung nicht zu zweifeln. Und dann soll die Verordnung bereits am 1. August 1914 in Kraft treten.

Der Fall zeigt einmal, wie rasch eine gute Sache erledigt werden kann, wenn auf allen Seiten der gute Wille dazu vorhanden ist. Der kleine Stabilität ließ die Vorlage anfangs November 1913 dem Großen Stadtrat zugehen und jetzt, nach kaum sieben Monaten, ist sie schon parlamentarisch erledigt.

Italien.

Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, unter denen Italien in den letzten Jahren zu leiden hatte, haben auch das Wirtschaftsleben ungünstig beeinflusst. Dieser Einfluss hat im letzten Jahre noch nicht abgenommen. Im Gegenteil hat er zur Folge gehabt, daß die Zahl der Ausgewanderten, die im Jahre 1912 immerhin schon etwa 71000 betrug, im Jahre 1913 auf mehr als eine Million gestiegen ist. Auch die Metallindustrie hat natürlich sehr unter dem schlechten Geschäftsgang leiden müssen. Nichtsdestoweniger hat es dem italienischen Metallarbeiter-Verband nicht an Bewegungen gefehlt. Es waren im ganzen 27 mit 15246 Beteiligten. 17 waren Angriffs- und 10 Abwehrbewegungen. 16 waren Streiks, von denen 7 mehr als einen Monat dauerten. Diese waren in Torre Annunziata (Glättenarbeiter, 280 Tage), Oneglia (Glättenarbeiter, 190 Tage), Turin (Automobilarbeiter, 94 Tage), Becco (Drahtarbeiter, 45 Tage und Kettenmacher, 36 Tage), Rogoredo (Glättenarbeiter, 33 Tage) und Imola (31 Tage). Der größte Streik war der der Automobilarbeiter in Turin, an dem etwa 6000 Arbeiter beteiligt waren. Hinzu kamen noch gegen 2000 in anderen Berufen, die infolge des Streiks arbeitslos wurden. Der Streik kostete 234000 Lire. Bei 12 Bewegungen wurden Lohn-erhöhungen gefordert, bei 6 außerdem Änderung der Arbeitsordnung, bei 8 nur diese; 4 richteten sich gegen die Entlassung von Arbeitern und 2 gegen andere Ursachen. 26 Bewegungen hatten Erfolg, zwei darunter auch die große in Torre Annunziata, feimen.

Es glückte dem Verband ferner, trotz der schlechten Zeit seine Mitgliederzahl zu steigern, 1911 hatte er in 30 Verwaltungsteilen 3000 Mitglieder, 1912 in 35 9387 und 1913 in 39 10600. Seine Einnahmen betrugen im letzten Jahre 202579 Lire. Davon waren allerdings 111642 Lire durch besondere Sammlungen eingegangen, darunter 36078 Lire vom Internationalen Metallarbeiter-Bund. Ausgegeben wurden 201167 Lire, davon 118404,95 beim Automobilarbeiter-Fest in Turin. Am Schlusse des Jahres befanden sich in der Verbandskassa 1412 Lire, in den Kassen der Verwaltungsteile etwa 100000.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Einwanderung und Auswanderung von Metallarbeitern 1912/13. Die ungünstige Wirtschaftslage in Europa und andere Umstände haben bewirkt, daß der Umfang der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten im letzten Jahre wieder bedeutend zunahm. Es reisten 1913 1 427 227 Fremde zu (1912 1 017 155, 1911 1 030 300), während 611 924 Fremde abreisten (1912 615 292, 1911 518 215), so daß sich ein Ueberschuß von 815 303 Zureisenden ergab (1912 401 863, 1911 512 085). Von den im letzten Jahre zugereisten 1 427 227 Fremden waren 1 197 892 Einwanderer, die mit der Absicht zu dauerndem Verbleiben in die Vereinigten Staaten kamen. Von den Abgereisten gaben 308 190 an, daß sie die Vereinigten Staaten dauernd verlassen.

Die Zahl der zureisenden Metallarbeiter und Angehörigen verwandter Berufe nahm von 15 083 1912 auf 19 250 1913 zu, wobei 1912 12 234 und 1913 16 266 eigentliche Einwanderer waren. Aus den Vereinigten Staaten abgereist sind 1912 4355 und 1913 6132 Metallarbeiter, die nicht amerikanische Bürger waren, so daß also der Einwanderungsüberschuß 1912 8876 und 1913 13 868 Metallarbeiter betrug. In allen Jahren ist ein ganz beträchtlicher Teil der zugereisten Metallarbeiter dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten wieder den Rücken, die meisten von ihnen wohl deshalb, weil sie sich in ihren Erwartungen enttäuscht sahen.

Die Berufsüberlegung der in den zwei Jahren 1912 und 1913 nach den Vereinigten Staaten zugereisten und der von dort abgereisten Metallarbeiter gestaltete sich wie folgt:

Table with columns: Beruf, Zureisende (Einwanderer, Andere), Abreisende (Auswanderer, Andere). Rows include Eisen- u. Stahlarbeiter, Zinnarbeiter, Schmiedeleute, etc.

Man darf als sicher annehmen, daß es auch bei der Einwanderung bei diesen Personen zum Berufswechsel kommt, namentlich bei den nicht besonders hochbegabten Arbeitern, die infolge des Ueberschusses auf dem Arbeitsmarkte gezwungen sind, irgendwelche Beschäftigung zu ergreifen, die sich ihnen bietet.

Die Berufsüberlegung in Verbindung mit der Nationalität ist in der amerikanischen Statistik nur hinsichtlich der eigentlichen Einwanderer angegeben, die dauernd in den Vereinigten Staaten bleiben wollen. Nationalität ist nicht im Sinne der Staatsangehörigkeit, sondern im Sinne der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Sprachstamm zu verstehen. Die Juden werden als besondere Nation aufgeführt, was den Einwanderer gewöhnlich Fremde machen wird, wenn es nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. In den beiden letzten Jahren betrafen die zugereisten Metallarbeiter, die sich in den Vereinigten Staaten dauernd niederlassen wollten, nach ihrer Nationalität wie folgt:

Table with columns: Nationalitäten, 1912 (Anzahl, Prozent), 1913 (Anzahl, Prozent). Rows include Deutsche, Engländer und Schotten, etc.

Der Anteil der eigentlichen Deutschen an der Gesamtbevölkerung der Metallarbeiter ändert sich von Jahr zu Jahr verhältnismäßig wenig. Die ausgewanderten deutschen Metallarbeiter kommen meistens aus dem Deutschen Reich selbst, sondern sie betreffen fast ausschließlich die eingewanderten Metallarbeiter deutscher Nationalität. Im Jahre 1913 waren unter den eingewanderten Metallarbeitern deutscher Nationalität 22 742, 573 Schotten, 370 Kroatenslawen, 157 Polen und 1000 andere.

Von den Metallarbeitern, die die Vereinigten Staaten für dauernd verlassen, sind von den "Auswanderern", deren

Table with columns: Nationalität, 1912 (Anzahl, Prozent), 1913 (Anzahl, Prozent). Rows include Deutsche, Engländer, Schotten u. Irländer, etc.

Wie in den Vorjahren, so gaben auch 1913 die meisten eingewanderten Metallarbeiter Orte in den nordost- und den nördlichen Zentralstaaten als ihr Heimatort an. Doch ist es sicher, daß ein großer Teil dieser Einwanderer den Ort der ersten Niederlassung bald verläßt und daß auf diese Weise eine Anpassung an die Verhältnisse des Arbeitsmarktes stattfindet.

Die herkömmliche Verteilung der eingewanderten Metallarbeiter ist in der amtlichen Statistik nicht angegeben. Da die Annahme des Geschlechtverhältnisses über die Ausschließung der Analphabeten von der Einwanderung sehr wahrscheinlich ist, so ist es von Wichtigkeit zu bemerken, daß im Jahre 1913 300 108 des Lesens und Schreibens unzulängliche über 14 Jahre alte Personen nach den Vereinigten Staaten zureisten; davon waren 269 988 eigentliche Einwanderer, die zu dauernder Niederlassung kamen und 30 120 waren andere Reisende. Die Analphabeten bildeten gerade 25 Prozent aller zugereisten über 14 Jahre alten Fremden. Männlichen Geschlechts waren 210 551 und weiblichen Geschlechts waren 89 557 Analphabeten. Nur lesen, aber nicht schreiben, konnten überließ 5661 zugereiste Fremde, wovon 5326 eigentliche Einwanderer waren. Aus diesen Zahlen erkennt man, welche weitreichende Wirkung das beschriebene Gesetz haben dürfte; es würde den Umfang der Einwanderung um ein Viertel vermindern.

Argentinien.

Zu den Ausführungen in Nr. 10 (Seite 80) über die Löhne und die Ausgaben in Argentinien erhielten wir von einem ehemaligen, nun in Rosario lebenden Verbandskollegen einen Brief, worin er darauf aufmerksam macht, daß man den Goldpreis nicht mit dem sogenannten Papierpreis verwechseln darf. Dieser ist zwar 4,05 Mal wert, der Papierpreis, mit dem auch die Arbeiter bezahlt werden, nur 1,80 Mal. Im übrigen seien die Angaben in Nr. 10 richtig. Der Briefschreiber, der schon sechs Jahre in Rosario als Dreher arbeitet, betont ferner, daß er keinem Kollegen empfehlen könne, nach Argentinien auszuwandern. Das erste Jahr sei fast für alle ein Lebensjahr. Wenn auch ein eigentlicher Fremdenhaß nicht vorhanden sei, so seien die Fremden doch dadurch im Nachteil, daß sie die spanische Sprache nicht genügend beherrschten. Die Sozialisten haben am 22. März bei den Wahlen zur Kammer von 10 Vertretungen in der Hauptstadt 7 erobert. Mit dem Fortschreiten der Bewegung wird auch die Regierung gereinigt werden. Zurzeit herrscht im Lande jedoch große Geldnot und Arbeitslosigkeit.

Sprachrede.

Ziffer und Zahl.

321 ist eine Zahl, die 3, die 2 und die 1, also die Schriftzeichen, durch die die Zahl ausgedrückt wird, sind Ziffern. So hat der Sprachgebrauch diesen beiden Dingen ihren Namen gegeben, ebenso wie er andere Gegenstände (zum Beispiel: Haus, Pferd, Mann, Hammer, Feder u. s. w.) benannt hat. Welche Wörter sind gut und es gibt keinen Grund, etwas an ihnen oder ihrer Bedeutung zu ändern. Nichtsdestoweniger sehen wir, daß bei dieser einfachen Sache große Unklarheit herrscht. Beispiele:

Die niedrigste Ziffer der Vereinigten Staaten hat demnach gegenwärtig 47 vollstän-

Die Ziffer 321 der Fahnenflüchtigen, gegenüber dem Gesamtbestand, ist nicht nur absolut, sondern auch relativ geringfügig. (Dieser Satz enthält außerdem noch andere Fehler, die denen wir uns jedoch diesmal nicht annehmen können.)

An der Erhebung haben sich fast alle in Betracht kommenden Verbände beteiligt, so daß die vorliegenden Ziffern ein getreues Abbild der Wirklichkeit geben.

Wer so schreibt, von dem kann man meinen, daß ihm das deutsche Wort Zahl zu schlicht, zu "gewöhnlich" sei. Es gibt aber auch Schriftsteller, die wohl beide Wörter gebrauchen, aber ohne den geringsten Unterschied in ihrer Bedeutung zu machen. Wir wollen nur noch die folgenden beiden Beispiele anführen:

Den Zahlen über Körperliche Vermittlung in der höchsten Bevölkerung... reihen wir nun zunächst einige Ziffern zur Kennzeichnung der "moralischen Unfälle" an.

Andere haben aber auch in den Industriezentren die Mitgliederziffern eine so gewaltige absolute Zahl erreicht, daß die Berechnung doch eine stärkere Vertretung dieser Kreise auf den Parteitagungen erfordert, als sie jetzt möglich ist.

In allen diesen Beispielen ist das Wort Ziffer falsch angewendet. Es kann immer nur Zahl heißen. Das Wort Ziffer steht nur dann am richtigen Platze, wenn es sich um die Zahlzeichen handelt. Der Sprachgebrauch bei seiner Tätigkeit immer nur das Wort Ziffer. Der Sprachgebrauch ist aber nur dafür verantwortlich, daß in der den ihm anvertrauten Schriftstücken jede einzelne Ziffer auf dem vorgeschriebenen Platze steht und daß er sie nicht mit einer anderen Ziffer verwechselt hat, aber nicht dafür, ob die ganze Zahl ihrem Inhalt nach richtig ist. So erscheint sein Fehler nicht so groß wie der des Schreiber, die den Unterschied zwischen Ziffer und Zahl nicht kennen.

Literarisches.

Der Bekanntheit der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.

Der Stamplatz, das der Abonnenten der beliebten Zeitschrift "Freie Stimmen" mit dem Ablauf des ersten Halbjahrs 1914 bekanntes Bildes vorzuführen ist, ist eine gut ausgeführte Reproduktion des bekannten Bildes "Vorgänge von Moritz v. Schwind. Das nachgelassene Bild wird jeder den allgemeinen Beifall der Leser unserer Parteipublikation finden. Auf die Sicherung des Bildes haben alle Leser von "Freie Stimmen", die den jetzt zum Abdruck gelangenden Roman "Der Amerika-Johann, einen Bannstrich aus Schwinden von Felix Koejlin, vollständig bezogen haben. Bestellungen auf "Freie Stimmen" nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen, Kolportage und Postanstalten zum Preise von 10 S für das Heft an.

Ein schönes, neues Gewand trägt der soeben erschienene Band der 2. Serie der beliebten "Freie Stimmen", und auch in der Ausstattung des Buches hat der Verlag gut beraten. Die "Freie Stimmen", eine lustige Erzählung von Otto Ludwig, hat schon vielen Lesern Freude bereitet und überdies, wie sie bekannt ist, wird sie immer wieder gern gelesen. Und so werden auch die zukünftigen Leser der "Freie Stimmen" - die jungen wie die alten - die "Freie Stimmen" herzlich willkommen heißen, werden sich an ihr erfreuen und werden durch einige Propaganda dafür sorgen, daß recht viele die "Freie Stimmen" zuhause haben. Der neue Band der "Freie Stimmen" ist gleich dem schon früher erschienenen Bänden in allen Buchhandlungen, Expeditionen, Kolportage und Postanstalten zum Preise von 10 S für das Heft an.

Der neue Band der "Freie Stimmen" für Naturfreunde, herausgegeben von Rosmarie, Gesellschaft der Naturfreunde, französische Verlagshandlung, Stuttgart, Schöner

12 Hefte. Preis des einzelnen Heftes 30 S. Der Jahrgang mit 5 Buchveröffentlichungen kostet nur 4,80 M. (und 20 S. Postgebühr). - Aus dem Inhalt des Heftes 5 heben wir hervor: Raum und Zeit, Pflanzliche Umgestaltung von Dr. R. Laemmle. - Das Meerfischweiden, von Dr. Kurt Floerke. - Das Sehen im Wasser. Wie sieht der Fisch die Welt? von Dr. A. Danil. - Bilder aus der Vögelwelt des Jahres, von Dr. Günther Schlegel. - Derliche Empfangsstation für Bienenfliegen, von Prof. R. Sajo. - Die Milch im Pflanzsaft, von Dr. Alfred Soster. - Die Blatt- und Holzwespen, von Dr. E. Enslin. - Flugzeuge und Vogelzug, von Dr. Kurt Floerke. - Thüringer Vogelkränze, von Prof. Dr. Otto Schmiedebeck. - Vermischtes.

Unser Garten. Ein Führer für Haus, Garten und Tierhaltung. Mit dem Beiblatt Tierzüchter und Tierfreund. Französische Verlagshandlung, Stuttgart. Erscheint vierteljährlich. Preis vierteljährlich 1 M. - Es wird wohl bei einem Teil unserer Leser Beachtung finden, wenn sie erfahren, daß die rühmliche französische Verlagshandlung in Stuttgart auch eine Zeitschrift für Garten- und Hauswirtschaft herausgibt, die schon im sechsten Jahrgang erscheint. Die Hefte haben einen reichen Inhalt, der außerdem durch viele Abbildungen noch anschaulicher gemacht wird, und sind bei der Fülle des Gebotenen erstaunlich billig.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. Samstag, 20. Juni: ... Sonntag, 28. Juni: ... Montag, 29. Juni: ... Dienstag, 30. Juni: ... Mittwoch, 1. Juli: ... Donnerstag, 2. Juli: ... Freitag, 3. Juli: ... Samstag, 4. Juli: ... Sonntag, 5. Juli: ... Montag, 6. Juli: ... Dienstag, 7. Juli: ... Mittwoch, 8. Juli: ... Donnerstag, 9. Juli: ... Freitag, 10. Juli: ... Samstag, 11. Juli: ... Sonntag, 12. Juli: ...

- Vertrauensleutezusammenkünfte. ...

Privat-Anzeigen.

Advertisement for "Cines Arbeiters Weltreise" featuring an illustration of a man with a suitcase and text describing the book and its availability at Verlag Alexander Schlicke & Cie., Stuttgart.